

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Ausdräger 1,50 M. für die Woche. 6,10 M. für den Monat. Durch die Post 6,10 M. für den Monat.
Verlagskonto Nr. 23 886. „Sozialistischer Verlag e. V. m. B. G.“ Breslau.
Vertriebs-Anschluss: Ring Nr. 8827.

Sonnabend, 17. September 1921

Anzeigenpreise: Die halboffene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 M., auswärts 0,90 M., Stellen- und Wohnungsaussuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 M. Reklame: Die Millimeterzeile, halboffen oder deren Raum im Text 2.— M.

Durchkreuzt den Aufmarsch der Reaktion!

Die deutschnationalen Selben, so niederträchtig wie feige, schrien: Die Kommunisten sind die Schuldigen am Morde Erzbergers! Nieder mit den Kommunisten! Jetzt sind als Mörder Erzbergers zwei Offiziere der Ehrhardtbrigade festgesetzt, als Mitschuldige eine Reihe von Offizieren dieser Brigade verhaftet, darunter von Millinger, der nächste Freund und Berater Ehrhardts, Bataillonführer in dessen Brigade. Die Ehrhardtbrigade ist das militärische Werkzeug der deutschnationalen und ihres Anhangs. Sie handelte nicht ohne den Auftrag ihrer Herren. Nach vollbrachter Tat wurden die Mörder von ihren Komplizen in der bayerischen Regierung und in der bayerischen Polizei geschützt. Wirth aber erklärte: „Ich bin entschlossen, mit Bayern nicht zu streiten.“ Nicht durch Beamte des Reiches, sondern durch bayerische Beamte sind die Mörder festgesetzt, die Ehrhardt-Brigadiere verhaftet worden.

Mit Millinger und seinen Freunden ist nur ein kleiner Teil dieser einen straff organisierten Mörderliga erfasst worden. Hiermit ist nur eines der „Jagdkommandos“ aufgedeckt, die die Aufgabe haben, die Feinde der nationalen Sache zu beseitigen.“ Die anderen werden unangefastet gelassen. Man wartet anscheinend, bis auch sie glückliche Jagd gemacht haben. Unter Korbach halten die deutschnationalen Schutz- und Truppländer eine andere Truppe unter Waffen, die in Erwartung größerer Aufgaben vorläufig in lustiger und von keiner Behörde gekürter Jagd auf kleinere Objekte, wie etwa einfache Arbeiter oder republikanische Bauern, dafür sorgen, daß ihre Waffen nicht einrosten. Das Freikorps Oberrhein unterhält regen Kurierdienst mit Berlin und München. Das Freikorps Oberrhein sammelte Zehntausende von „Seimattreuen“ um sich, die selbstverständlich „nichts, als den Schutz der deutschen Republik“ wollten. Dafür sprach ihnen die Regierung Wirth ihren Dank aus. Der „Vorwärts“ versichert, daß unter den oberschlesischen Truppen ein durchaus nicht beunruhigender Geist herrsche. Von der Regierung moralisch gestützt, sammelte trotz allen Verböten, um die sich keine Staatsanwälte und Richter kümmern, die Freikorpsführer weitere Banden um sich. Züge voll Waffen, Munition und Truppen rollten aus allen Ecken Deutschlands nach Oberschlesien. Die Arbeiter merkten es, Arbeiterblätter, selbst rechtssozialistische, melden es. „Genosse“ Gradnauer tat nichts dagegen. Die „Genossen“ Bauer und Schmidt blieben ebenfalls in der Regierung, an den einflussreichsten Posten selbstverständlich, aber getan wurde nichts. Denn sie alle waren mit Wirth fest entschlossen, auch mit Oberrhein nicht zu streiten!

Dieser Entschluß aber machte — man denke! — auf die Konterrevolution keinen Eindruck, außer dem, daß er sie zu forscherem und offenerem Auftreten anspornte. Sie drohte — und die Regierung fand sich dazu bereit, die Verordnung vom 29. August Herrn Rahr und Herrn Stegerwald zur Ausführung zu übergeben. Ihr Drohen bewirkte, daß der Sozialdemokrat Gradnauer die Verordnung sofort gegen die kommunistische Presse antwortete, trotz aller Proteste auch sozialdemokratischer Blätter und Organisationen. Ein paar Tage lang trieb die Arbeiterschaft die Zusammenkünfte der Reaktionäre auseinander, ohne daß ihnen die Behörden — in den meisten Fällen — in den Arm fielen. Jetzt werden diese selben Arbeiter wegen Landfriedensbruchs hinter Kerkermauern gefesselt. Die Regierung verhinderte im Verein mit den rechtssozialistischen und unabhängigen Führern ein wirkliches Vorgehen der Arbeiterschaft gegen die Reaktion. Wirth suchte wieder die Freundschaft der deutschnationalen, denen er aneinandersezte, wie er mit seiner Verordnung, mit seinem geschickten „Vorgehen gegen die Reaktion“ eine zweite Revolution verhindert habe.

Wirth mit seinen sozialdemokratischen Helfern gelang es bis jetzt, die zweite Revolution zu verhindern.“ Aber die zweite Konterrevolution marschiert auf. In Bayern ist das Ministerium Rahr fastlich weiter am Ruder, unter seinem Schutze sammeln die Halentreuzritter ihre Truppen zum Feldzug gegen die Republik und die Arbeiterklasse. Sie arbeiten fieberhaft an dem Ausbau ihrer Bastillen. Die Konterrevolution aus ganz Deutschland sendet ihre Verstärkungen nach München. Die verbotenen Waffen werden angeblich entwaffneten Einwohnerwehren werden hervorgeholt und nach München gebracht. Selbst die sozialdemokratischen Blätter sind voll von Alarmnachrichten: „Rahr bereitet den Staatsstreich vor!“ „Vor einem neuen Rechtsputz!“ „Bewaffnete Hilfe aus Norddeutschland!“ „Erz-König Ludwig in München.“

Die Reaktion kämpft mit Einsatz aller Kräfte um ihre Existenz. Es kann deshalb kein Verhandeln und kein Partieren mit ihr geben, sondern nur unerhittlichen Kampf. Die Regierung darf keinen Tag mehr verlieren, um die Pläne der reaktionären Umstürzler und Reichsverbrecher zu durch-

kreuzen. Es geht nicht nur um die Existenz der Republik, sondern auch um die Einheit des Reiches, die die Reaktionäre zerreißen wollen. Alle verfassungsmäßigen Freiheiten, alle Grundlagen der Demokratie stehen auf dem Spiele, wenn die Regierung zögert, mit fester Hand in das reaktionäre Verschwörernetz hineinzugreifen, ihre militärischen Stützpunkte zu zerstören und die Zügel der Konterrevolution, Rahr-Bayern, zu Fall zu bringen.

So schreibt die „Freiheit“. Gefahr ist im Verzug — also soll die Regierung helfen! Dieselbe Regierung, die Laufende von Arbeitern auf Jahrausende hinter die Zuchthäuser und Gefängnisse steckte, die die Jagd-Komödie aufführte, die den oberschlesischen Selbstschützern ihren Dank aussprach, die die Komödie der „Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren“ bedeckte, die das ungeheuerliche arbeiterfeindliche Steuerprogramm vorlegte, die den von ihr angekündigten Kampf gegen die Reaktion so geführt hat, daß die Reaktion ihre Macht täglich verstärkt. Diese Regierung hat den Spielraum, den ihr dank der Bemühungen der rechtssozialistischen und unabhängigen Führer die Arbeiterschaft gelassen hat, so ausgenutzt, daß der Halentreuzzug

gegen die Republik und gegen die Arbeiterschaft in jedem Augenblick und besser vorbereitet als der Rapp-Putz beginnen kann. Aber auch die Arbeiterschaft steht heute stärker und geeinigter da als vor dem Rapp-Putz. Ein großer Teil der sozialdemokratischen Organisationen beider Richtungen sagt der Regierung die Gefolgschaft auf und verlangt von ihren zentralen Körperschaften, daß sie endlich das Wort auf die Lippen der Regierung aufgeben und selbst sie in den Kampf gegen die Reaktion führen.

Die Arbeiterschaft darf auf das Loschlagen der Halentreuzer nicht warten. Sie muß sofort die wirkliche Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern erzwingen. Sie muß die sofortige Entwaffnung und Auflösung aller konterrevolutionären militärischen Organisationen, die Entferrnung aller reaktionären Beamten erlangen. Die Verbote der kommunistischen Zeitungen müssen sofort aufgehoben werden. Alle politischen Arbeitergefangenen müssen endlich freigelassen werden. Der nach dem Rapp-Putz von der Regierung versprochene Aufbau der staatlichen Wehrmacht aus den organisierten Arbeitern und Angestellten muß sofort durchgeführt werden.

Menschen in Not!

Zwanzig Millionen russische Bauern und Arbeiter vom Hungertode bedroht!

Die ersten Nachrichten über die furchtbare Katastrophe, die zwanzig Millionen russische Bauern und Arbeiter durch den Hungertod zu vernichten droht, hatten in der ganzen Welt eine große Welle Mitleid und Hilfsbereitschaft ausgelöst.

Die Regierungen fast aller Staaten erklärten sich zu Hilfserepetitionen bereit. In Paris beschäftigte sich der Oberste Rat, in Genf eine internationale Konferenz des Roten Kreuzes mit der Frage der Hilfe für die Hungernden in Rußland.

Aber über Pläne, Projekte, Kommissionen und Untersuchungsausschüsse ist das Hilfswort bis heute nicht hinausgekommen. Nach Rußland ist praktisch noch wenig gelangt. Vorläufig haben die hungernden Massen in den verbrannten Steppen der Wolga die Hilfe der Völker Europas und Amerikas nur durch Mitleidabreden, Sympathieerklärungen und Versprechungen kennengelernt.

Im Vergleich zu ihrer eigenen Armut und ihrer eigenen Not haben die arbeitenden Massen der Erde am reichsten gespendet, am raschesten und freudigsten gegeben. Überall entstanden spontan Arbeiterhilfskomitees und Hilfsorganisationen, wurden von Arbeitern große Sammlungen und Hilfsaktionen eingeleitet. Tausende von Arbeitern, die selbst kaum genug zum Leben haben, opferten den Verdienst von ganzen Arbeitstagen. Andere wochenlang Ueberstunden und stellten die Produktion ihrer Arbeit, Werkzeuge, Maschinen, Autos, Lokomotiven und andere Transportmittel Rußland zur Verfügung.

Aber selbst diese reich gespendeten Opfer und Gaben sind noch nicht in die Hände der Hungernden gelangt. Sie sind in den Orts- und Bezirkskomitees und Organisationen, bezw. in den einzelnen Orten und Ländern. Das muß anders werden. Die Hilfe muß wirksam werden. Denn trotz allem Mitleid und allem Unterstützungswillen und Hilfsbereitschaft dauert die Not in Rußland fort, verschlimmert sich die Lage von Tag zu Tag, fordern Hunger und Seuchen täglich neue Opfer.

Der frühe und harte russische Winter steht vor der Tür. Sein Eintritt erschwert die Transporte in die Hungergebiete und wird die Leiden unermesslich steigern.

Genug der Worte! Genug der Sympathieerklärungen! Genug der Kommissionen und Komitees, der Beratungen und Besprechungen!

Jetzt muß gehandelt werden. Jetzt muß geschickt und gesandt werden. Jetzt muß geholfen werden.

Das unterzeichnete Komitee, das aufs neue seine Bereitwilligkeit zu einer gemeinsamen Arbeit, zu gemeinsamem Einkauf und Transport mit allen Arbeiterorganisationen und Parteien erklärt, steht sich aber durch die schleppende Verhandlung, durch die Größe der Not in Rußland und der zwingenden Dringlichkeit einer raschen Hilfe genötigt, die ersten Transporte und Sanitäts-Ernährungszüge selbständig zu organisieren und abzusen-

Das Komitee richtet an die Arbeiterhilfskomitees und Organisationen der ganzen Erde die dringende Aufforderung, alle in ihren Orten und Bezirken gesammelten Gelder und Produkte in der größten Eile zusammenzufassen und gemäß unseren Anweisungen an die verschiedenen Sammel- und Sortierplätze, wo die Transporte und Züge organisiert und zusammengestellt werden, weiterzuleiten.

Das unterzeichnete Komitee richtet an alle Arbeiterparteien und Organisationen, an die Werttätigen der ganzen Erde, an alle, die menschlich erschüttert vor dem großen Unglück zur Hilfe bereit sind, den dringenden Appell, alles für einen raschen, sehr raschen Abtransport der ersten Hilfsleistungen zu tun.

Es gilt nicht nur die bisherigen Hilfsaktionen und Sammlungen zu erweitern und intensiver zu betreiben, sondern ebenfalls alles bisher Gespendete und Gesammelte unmittelbar den Hungernden und Kranken zukommen zu lassen.

Ans Werk! Es gilt den Hunger von Millionen zu stillen, es gilt Millionen Menschen vor dem schrecklichsten Tode zu retten. Jeder Tag, jede Stunde ist kostbar. Zögert nicht. Säumt nicht. Zaudert nicht. Gebt freudig! Spendet reichlich! Arbeitet rasch! Handelt schnell!

Das Auslandskomitee zur Organisation der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland.

- Clara Zetkin, Käthe Kolwitz, Prof. Einstein, Arthur Gollischer, Maximilian Harden, Prof. Ebbacher, Heinrich Bogeler, Alexander Wolff, Dr. Alons Goldschmidt, Theodor Liebschütz, Adolph Hoffmann, Tom Thomas, George Grosz, Max Rastel, Edwin Sperle, Prof. Paul Osterreich, Leonhardt Frank (Deutschland); Andersen Regö, Zure Kerman, Fritz Lindhagen, Hjalund, Johann Fallberget (Skandinavien); Bernard Shaw, Edward Whitehead, J. B. Bonifazi (England); Anatole France, Henri Barbusse, Krassard, Mikant-Couturier (Frankreich); Prof. Farel, Otto Bollart, Fritz Klatten (Schweiz); Henriette Roland-Holk (Holland); Dr. Grünberg, Iso Brante (Österreich); Prof. Graziadei, Lombardi (Italien); Smeral, Karl Kreibitz, A. Lona (Tschechoslowakei).

Der Sekretär: Willi Münzenberg.

Das internationale proletarische Hilfswerk für Sowjet-Rußland!

Zammlungen des französischen Gewerkschaftsbundes für Sowjetrußland.

Bei der Zentrale des französischen Gewerkschaftsbundes sind bisher 101 282 Franken für die Notleidenden in Sowjetrußland eingelaufen. Außer dem Gewerkschaftsbund laufen große Summen bei der Redaktion der „Humanité“, bei den einzelnen revolutionären Gewerkschaftskomitees und bei der Redaktion des „Journal du Peuple“ ein.

Die Hilfsaktion der französischen Kommunisten.

Bis jetzt sind 210 000 Francs bei der kommunistischen Partei Frankreichs und 90 000 Francs bei der Redaktion der „Humanité“ für die russische Hilfsaktion eingelaufen.

Die französischen Kriegskämpfer und Kriegswitwen für Sowjetrußland.

Am 4. September veranstaltet die Vereinigung der französischen Kriegskämpfer und der Kriegswitwen ein Volksfest, dessen Ertrag zugunsten der Hilfsaktion für Sowjetrußland verwendet wird.

Hilfsaktion der Anarcho-Kommunisten in Holland.

Der „Bund der religiösen Anarcho-Kommunisten“ fordert in seinem Organ „De Vrije Communist“ die Mitglieder auf, auf einen Taglohn bzw. auf das entsprechende Einkommen zugunsten der russischen Hilfsaktion zu verzichten.

Das Landeskomitee des Internationalen Antimilitaristenbundes schließt sich mit einem Aufruf dieser Aktion an.

Die dänischen Postbeamten für Sowjetrußland.

Die Gewerkschaft der dänischen Briefträger hat beschlossen, dem kommunistischen Hilfskomitee für Sowjetrußland 3000 dänische Kronen zu überweisen.

Die schwedischen Typographen für Sowjetrußland.

Nach Nachricht der „Politiken“ hat die Gewerkschaft der schwedischen Typographen zugunsten der Notleidenden aus der Gewerkschaftskasse 1000 schwedische Kronen gespendet.

Die Hilfsaktion der kommunistischen Partei Spaniens.

Das Zentralorgan der kommunistischen Partei Spaniens, „El Comunista“, veröffentlicht einen Aufruf der Exekutive der kommunistischen Partei Spaniens an das spanische Proletariat, in dem alle Arbeiter ohne Unterschied der Partei aufgefordert werden, an der Hilfsaktion für das russische Volk teilzunehmen.

Die Reaktion ist unangestastet.

Gestern wurden in München durch bayerische Beamte eine Anzahl Offiziere aus der Brigade Ehrhardt verhaftet, denen man Mithilfe an der Ermordung Erzbergers nachweisen konnte. Schon meldet die Telegraphen-Union, daß es sich nachträglich herausgestellt habe, daß sie an der Ermordung nicht mitschuldig seien. In Oberhessen wurde als Organisator von „Jagdkommandos“, als Leiter von weißen Terrorgruppen der Privatdozent Kuge verhaftet, Material bei ihm beschlagnahmt, das ein ungeheures Verzeichnis aufdeckte. Nach Meldungen reaktionärer Blätter ist auch dieser Strauchritter vom Galentrey wieder als unschuldig entlassen. Bei Dr. Hein, dem Führer der bayerischen Volkspartei, bei dem die Mörder Erzbergers ein Jahr lang wohnten, wird Hausdurchsuchung gehalten. Die Beamten durchsuchen nur das Zimmer der Mörder, ohne auch den andern Räumen ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Dr. Hein hat die Stirn, diese Behandlung noch zu unehrerbietig zu finden und die Beamten öffentlich zu beschimpfen. Einer, der sich selbst als den Mörder Erzbergers bezeichnet, wendet sich in Potsdam an den Justiz-Obersekretär Oppermann, um von ihm Geld zu erbitten. Von Oppermann wird bekannt, daß er selbst früher Mitglied der Ehrhardt-Brigade war, auch jetzt mit der äußeren Front in Verbindung steht.

Der Beamtenapparat befindet sich zu 90 Prozent in den Händen von Reaktionsären. Ein großer Teil des Beamtenapparates sympathisiert demnach mit den reaktionären Nord-Organisationen. Dieser Apparat ist vollkommen unfähig, die unmittelbaren und mittelbaren Schuldigen an den Morden, die die Reaktion durchführt, zu erfassen. Gestagt es einmal, einige Schuldige anzugreifen, dann ist das einzige Resultat, daß die Ungeheuerlichkeit dieses ganzen wohlorganisierten und über das ganze Reich verbreiteten Nordapparates angezeigt wird. Der Apparat selbst ist bisher unangestastet geblieben, ja er ist sogar noch jedesmal nach einer unrationären Vorstoß gegen die Arbeiterkassen aus dem Abenteuer gefährt hervorgegangen. Das wird solange so bleiben, bis nicht alle reaktionären Beamten aus den Ämtern getrieben sind, bis nicht der jetzt durch und durch reaktionäre Staatsapparat durch einen aus Arbeitern gebildeten ersetzt ist.

Die Reaktion droht und warnt, weiter gegen sie vorzugehen. Die bürgerlichen Mittelparteien verlangen Entgegenkommen für Bayern und nehmen die reaktionären Offiziere und Studenten anerkennend in Schutz. Die Arbeiterkassen ist auf sich selbst gestellt. Nicht die Regierung, nicht ihre eigenen verbürgerlichen Führer, einzig die Arbeiter können auf die ewigen Drohungen der Reaktion endlich die Antwort geben.

Strangelarmen als Bekämpfung der deutschen Reaktion.

Von einem ungarischen Gesandten wird uns geschrieben:

Auf der Fahrt nach Berlin hatte ich als Reisegefährten eine Anzahl Russen. Im Gespräch sollte ich heraus, daß sie Angehörige der Strangelarmee waren und von Kaukasus nach Berlin fahren. Sie erklärten mir, daß von der Strangelarmee regelmäßig Truppen von 20 bis 30 Mann nach Berlin geschickt werden. Auf meine Frage, wie sie denn in Berlin Arbeit finden wollten, da ihnen als Ausländer doch jede Möglichkeit dazu genommen sei, erwiderten sie mir, daß sie darüber keine Sorge zu haben bräuten. Es wäre schon für sie gesorgt.

Die Mitglieder der kommunistischen Partei Spaniens werden auf einen Taglohn zugunsten der hungernden russischen Bevölkerung verzichten. Der Aufruf hebt hervor, daß die gemeinsame Hilfsaktion der ersten Schritte zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront gegen den kapitalistischen Terror der Weltbourgeoisie sein müsse.

Die Hilfsaktion der Sozialistischen Partei Italiens.

Das Hilfskomitee der Sozialistischen Partei Italiens hat bis jetzt 174 000 Lire für die Hungernden in Rußland gesammelt.

Aktion kommunistischer Gemeinden in der Tschecho-Slowakei.

Die Stadtvertretung von Morchenstern bei Reichenberg hat beschlossen, sich mit dem Betrag von 2000 tschechischen Kronen an der allgemeinen Hilfsaktion zugunsten Rußlands zu beteiligen. Die Mehrheit der Stadträte sind Kommunisten.

Das ägyptische Proletariat für Sowjetrußland.

Der ägyptische Gewerkschaftsbund veröffentlicht einen Aufruf an das ägyptische Volk, in dem Arbeiter, Bauern, Intellektuelle aufgefordert werden, die Hilfsaktion für Rußland zu unterstützen. Der Aufruf weist auf die Rolle Sowjetrußlands in dem Kampf um die Befreiung der werktätigen Bevölkerung der ganzen Welt hin, dessen Bedeutung für die unterdrückte ägyptische Nation besonders groß ist.

Der Aktion des Gewerkschaftsbundes haben sich die Sozialistische Partei Ägyptens, die Claret-Gruppen angeschlossen.

Die Hilfsaktion der Proletarier Amerikas.

Ein Schiffskapitän erschien in den Büros der Hilfsaktion der American Labour Alliance und erklärte, daß er mit einer kompletten Schiffsmannschaft bereit ist, ein Lebensmitteltransportschiff für halben Lohn zu übernehmen. Das Angebot wurde angenommen.

Die Hilfsaktion der amerikanischen Quäker.

Nach Samara ist in einem Sonderzuge eine Sendung von Lebensmitteln und Kinderkleidern, die von den amerikanischen Quäkern gespendet worden waren, abgegangen.

Lebensmittel aus Amerika.

Aus Riga sind 12 Waggons amerikanischer Lebensmittel eingetroffen. Nachrichten aus Riga besagen, daß gegenwärtig im dortigen Hafen über 60 000 Tonnen Lebensmittel aus Amerika für Sowjetrußland verladen werden.

Herr Weismann, haben Sie sich schon um diese Gäfte, die sich zu den anderen zaristischen Konterrevolutionären in Deutschland gesellen, gekümmert, oder müssen Sie nur Spitzelzentralen in Rußland organisieren?

Wie der Sozialdemokrat Gradnauer die Ebertverordnung anwendet.

(E. B.) Berlin, 14. September.

Durch Verordnung des Reichspräsidenten des Junern ist das in Gotha erscheinende „Gothaer Volksblatt“ vom 15. bis 22. September auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921, verboten worden.

Rönigsberg i. Pr., 14. September.

Das Verbot der „Dpreussischen Zeitung“ ist durch Verfügung des Reichspräsidenten des Junern aufgehoben worden.

Die Berliner „Internationale“ beschlagnahmt.

Der Polizeipräsident.

Nr. 1 A.

Berlin, den 15. 9. 21.

Die Nr. 1 der Zeitung „Die Internationale“ vom 15. September 1921 wird hiermit auf Grund der §§ 2 und 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 29. August 1921 beschlagnahmt, weil sie sich sachlich als Fortsetzung der verbotenen „Roten Fahne“ darstellt.

(Stempel)

Richter.

An den Verlag „Die Internationale“

Berlin SW. 42, Friedrichstraße 225.

Die „Tribüne“ Magdeburg verboten.

Der Kampf der Reichsregierung gegen „Rechts“ hat ein neues Ergebnis. Die kommunistische Zeitung „Die Tribüne“, Magdeburg, ist verboten worden. Am dem Wälder der Reichsregierung, die Verordnung vom 29. August ausschließlich gegen die Konterrevolution anzuwenden, das wurde den Arbeitern gesagt, kann nicht mehr gezwungen werden.

Die erste kommunistische Zeitung am Breffelalgen der Ebertrepublik.

Hamburg, 12. September.

Die „Niederländische Arbeiterzeitung“ ist wegen eines Artikels, worin schwere Beschuldigungen gegen die Gewerkschaften ausgesprochen werden, vom 11. bis einschließlich 19. September verboten worden.

Ein die Gewerkschaften bereits behördliche Institutionen geworden, daß ihre Beleidiger im „öffentlichen Interesse“ verfolgt werden?

Die USV-Presse zum Rücktritt des Ministeriums Rahr.

In Gegensatz zum Zentralorgan der USV, der Berliner „Arbeiter“, die den Rücktritt des bayerischen Kabinetts als einen großen Erfolg der Reichsregierung huldern möchte, ist sich die Parteipresse der USV mit uns über die tatsächliche gegenwärtige Lage in Bayern völlig einig. So schreibt z. B. die Dresdener Unabhängige „Reizzeitung“ zur Demission Rahr:

„So geht denn in Bayern das Schicksal der Reaktion weiter. Rahr's Rücktritt bedeutet nicht etwa eine Niederlage

der Reaktion, es ist nur ein formaler Zug, der an dem Wesen der bayerischen Diktatur nichts ändert. Selbst wenn die neue Regierung die Bedingungen des Aufschusses nicht verschärfen sollte, bleibt der Triumph der bayerischen Reaktion bestehen. Es muß gefordert werden, daß sich die Reichsregierung auf die von der bayerischen Reaktionsdiktatur geforderten Bedingungen (§ 4) nicht einläßt. Es ist jetzt der Zeitpunkt, daß Bayerns Trost gebrochen wird.

Im übrigen kann der Rücktritt Rahr's natürlich weittragende politische Folgen haben. Das wäre der Fall, wenn Rahr und die Orgesch-Geißlen den Rücktritt benutzten, um das Signal zum offenen Kampf für die Monarchie zu geben. Vielleicht werden sie von den Reaktionsparteiern dazu gedrängt werden, vielleicht schlägt man irgendwo in Lande los. Ueber kurz oder lang muß es in Bayern doch zu den entscheidenden Auseinandersetzungen kommen, denn das System der Münchener Reaktionsdiktatur ist nicht mehr zu ertragen. Die Arbeiterklasse muß sich bereithalten!

Die bayerischen Arbeiter sind zur Niederwerfung des Rahr-Systems entschlossen. Sie gehen ruhig und planmäßig vor. Sie werden entweder die Münchener Diktatur von Franken aus isolieren oder ihre wichtigste soziale Waffe, den Generalstreik, anwenden. Die Vorbereitungen sind getroffen.

Wenn das Ringen beginnt, so steht die gesamte sozialistische Arbeiterklasse des Reiches hinter der bayerischen Front. Der in Bayern kommende Kampf ist der Beginn des Entscheidungsringens mit der Reaktion im ganzen Reich. Das Proletariat wird seinen Mann stehen!

Wir hoffen, daß die USV-Arbeiter in der entscheidenden Stunde sich an die Worte ihrer Führer erinnern werden.

Gegen die Herrschaft der Reaktion in den Behörden.

Im Preussischen Landtag haben die Genossen Schönbeck und Sobotta folgende Anfrage an die preussische Regierung gerichtet:

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Herr Dr. von Bürmeling, hat, den Erlaß der Reichsregierung vom 29. August noch überschreitend, die Veranstaltung linkssozialistischer Parteien und Arbeiterorganisationen generell untersagt. So wurde u. a. am 11. September die Einweihung eines Denkmals verboten, das zu Ehren der im Kapp-Putsch gefallenen Arbeiter auf dem Friedhof in Horst-Emscher errichtet ist. Die Abpernung des Friedhofs wurde Offizieren der Schutzpolizei übertragen, die, zweifellos monarchistisch-arbeiterfeindlicher Gesinnung, überaus provozierend auftraten. Nur dem Eingreifen von Ordnern und Vertretern der sozialistischen Parteien sowie der vernünftigen Haltung des übergroßen Teiles der Schutzpolizelmännschaften, die sich weigerten, den braconischen Befehlen ihrer reaktionären Vorgesetzten nachzukommen, ist es zu verdanken, daß Blutvergießen verhindert wurde.

Ferner ist, sicher auf Anweisung von Münster aus, durch Essener Kriminalbeamte versucht worden, geschlossene Mitgliederversammlungen der K.P.D. zu überwachern und aufzulösen.

Auf der anderen Seite hatten in der Provinz Westfalen Krieger- und Schützenvereine ihr sogenanntes „Preisjahren“ ab. So u. a. in Groppeberg unter dem Schutze der Essener Schutzpolizei bei dem Schießen wurden Militärgewehre 88- und 98-Modell verwendet. In Ketthwig erschienen bei einem Schützenfest eine Anzahl wilhelminischer Generale, trotz des Verbots, in großer Uniform. Auch hier schützten die örtlichen Behörden die Veranstaltungen dieser zweifellos monarchistischen, der Reputation überaus gefährlichen Vereinigungen.

Was bedeutet die preussische Landesregierung zu tun und diesem Treiben ein Ende zu machen? Ist sie bereit, den Herrn Oberpräsidenten v. Bürmeling wegen Bruchs der Verfassung seines Postens zu entheben und unter Anklage zu stellen? Welche Maßnahmen gebietet die preussische Regierung durchzuführen, um das Leben der Arbeiter vor den blutdürstern monarchistischen Offizieren zu schützen, und um die verfassungsmäßigen Freiheiten allen Arbeitern zu garantieren?

Reinigung der Verwaltung.

Im sächsischen Landtag haben unsere Genossen eine Reihe von Anträgen gestellt, die darauf hinauslaufen, mit den monarchistischen Elementen in der gesamten Verwaltung endlich aufzuräumen. Ein Antrag ersucht die sächsische Regierung unverzüglich einen Gesandtenbüro vorzulegen, nach welchem der Landtag aus den drei Arbeiterparteien einen Ausschuss wählt, der unter Mitwirkung der organisierten Arbeiter, Angestellten, unteren und mittleren Beamten unverzüglich die Auflösung und Entwaffnung der konterrevolutionären Formationen vornimmt.

Weitere Anträge fordern sofortige Entlassung aller monarchistischen und reaktionären Elemente aus dem staatlichen Sicherheitsdienst und Bildung eines Selbstschutzes aus den Reihen der organisierten Arbeiter, Angestellten, unteren und mittleren Beamten und Kleinbauern.

Unsere Forderung verlangt weiter, daß die Reichsregierung ersucht wird, sofort einen inhaltlich gleichlautenden Gesandtenbüro zur Reinigung der Reichswehr und zur Bildung eines proletarischen Selbstschutzes vorzulegen.

Ein weiterer Antrag verlangt, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß die Unabsehbarkeit der Richter aufgehoben wird und die Wahl der Richter durch die organisierten Arbeiter, Angestellten, unteren und mittleren Beamten, Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden erfolgt.

Der Antrag über die Reinigung der staatlichen Behörden von konterrevolutionären Elementen hat folgende Form eines Gesandtenbüros:

§ 1. In allen Landesbehörden der Verwaltung, Polizei und Justiz werden sämtliche Beamte und Angestellte, die offen oder inoffiziell eine Wiederherstellung der monarchistischen Staatsverfassung für das Land oder für das Reich erstreben oder solche Bestrebungen unterstützen oder deren Tätigkeit im Sinne solcher Bestrebungen gerichtet ist, unverzüglich unter Aberkennung des Anpruchs auf Ruhestands- und Hinterbliebenenrechte entlassen.

§ 2. Zur Feststellung der zu entfernenden Beamten wählt der Landtag einen aus den drei Arbeiterparteien bestehenden Ausschuss, der zu diesem Zweck in Verbindung tritt besonders mit den Organisationen der unteren und mittleren Beamten.

Die Entfernung der Beamten geschieht durch Mehrheitsbescheid des Ausschusses, dessen Entscheidungen endgültig sind.

Beamte, die Mitglieder der konterrevolutionären Formationen jeder Art sind oder deren Tätigkeit offen oder inoffiziell unterstützen, werden mit Gefängnisstrafen, nicht unter einem Jahre, bestraft.

Für die Aburteilung dieser Fälle werden Sondergerichte eingesetzt. Die Zahl dieser Sondergerichte erfolgt durch die Organisationen der Arbeiter, Angestellten und unteren und mittleren Beamten.

§ 3. Die Neubestellung aller Beamtenstellen erfolgt im Einkommen mit dem vom Landtag eingesetzten Ausschuss. Zur Zeit fordert unsere Forderung ein Amnestiegesetz für alle politischen Straftaten mit Ausnahme derjenigen, die an die Wiederherstellung der monarchistischen Staatsverfassung oder einer Militärdiktatur gerichtet sind oder im Zusammenhang mit diesen Bestrebungen stehen.

Die Märzaktion vor dem Untersuchungsausschuss.

Der Magdeburger Spitzelsumpf.

Sitzung vom Dienstag, den 13. September.

Nun hebt sie wirklich nicht mehr, die Riesentige von der „Roten Armee“. Nachdem sie am Sonnabend im Untersuchungsausschuss des Landtages vom Entwaffnungskommissar Dr. Peters totgeschlagen worden war, hat ihr der Leiter der Magdeburger Meldestelle, Oberregierungsrat Freysing, die rechte Hand Hörsings, in der Dienstags-Sitzung vollends den Rest gegeben.

Nach der Zahl der Ausländer in der Provinz Sachsen befragt, erklärte der Zeuge, nach den Berichten der Regierungspräsidenten wurden während und nach dem Märzkampf festgenommen in Magdeburg ganze 12, in Halle ganze 33 Ausländer. Derselbe Regierungspräsident von Gerßdorff, der vor kurzem dem Untersuchungsausschuss erzählte, daß sein Bezirk vom Freistaat Sachsen her mit Ausländern, vornehmlich Russen, geradezu überschwemmt worden sei, und aus dessen ganzen Neben man schleichen mußte, daß diese Russen für das Entstehen der Bewegung im März verantwortlich machen will, mußte in seinem schriftlichen Bericht zugeben, daß eine Beteiligung von Ausländern an dem Aufbruch in nennenswerten Umfange nicht stattgefunden hat, ja, daß in vielen Kreisen Ausländer überhaupt nicht beobachtet worden sind. Als „amtliche“ Meldung verbietet Herr Freysing dem Ausschuss dann den folgenden Wortsinn: Von Mansfeld wurde gemeldet, daß 60 Volksgenossen anrückten. Sie hätten russisch gesprochen, wären auffällig gekleidet gewesen und hätten eine sonderbare Frisur gehabt. Es war leider nicht zu erkennen, ob der Zeuge damit die Ausländergefahr oder den Mumpstückerartiger „amtlicher“ Meldungen über Kommunisten und Volksgenossen demonstrieren wollte. Doch darf man nach der sonstigen Haltung das letztere annehmen.

Die Vertreter der Rechtsparteien, tief unglücklich über das Zerklüften ihres Lügenentenscharms, drangen immer wieder von neuem auf den Zeugen ein. Über der Liebe Müß' war vergeblich. Der Oberregierungsrat von der Meldestelle Hörsings erklärte immer wieder:

Wir haben keine Meldungen gehabt, aus denen auf den Bestand oder die Bildung einer „Roten Armee“ geschlossen werden könnte.

Es könne nicht davon die Rede sein, daß die Jugend-, Sport- und Sanitätsvereinigungen als kommunistische Kampforganisationen angesehen werden dürften. Auch das Material von Ebert, das man beschlagnahmt habe, beweise, daß eine engere, festere Verbindung nicht bestanden habe. Überall sei Waffenmangel gewesen, in wichtigen Bezirken, z. B. Bitterfeld, war gar nichts vorhanden. Die ganzen Meldungen über die „Rote Armee“ und über die „kommunistischen Buntpläne“, die mit Regelmäßigkeit jeden Monat wiederkehrten, seien nichts als Gerüchte gewesen. Wie plump die Verbreiter zu Werke gegangen wären, zeige folgende Meldung: Am 24. März stände die R.P.D. schlagfertig zum Angriff auf Bayern bereit. Die Kampfstärke reiche von Halle bis Frankfurt. Diese Meldung habe man natürlich nicht ernst nehmen können; wenn die Meldestelle darauf hereingefallen wäre, wäre sie schon blamiert gewesen.

Genosse Kilian führte aus, seine Partei behaupte nach wie vor, daß die vielen Meldungen der bürgerlichen Presse über „Rote Armeen“ und „kommunistische Buntpläne“ Verbindungen mit dem Zwecke gewesen seien, die Rüstungen und Kampfabstimmungen auf der Seite der Reaktion zu verschleiern. Es stehe weiter fest und könne unter Beweis gestellt werden, daß sich an dieser Lügenarbeit gegen die Kommunisten auch amtliche und halbamtliche Stellen und Personen beteiligt hätten.

Der frühere Wiegandmeister Gumbt von der Eipo habe ihm angezeigt, daß er vor dem Untersuchungsausschuss vernommen werden wolle, damit die Öffentlichkeit erfahre, welche Tätigkeit die frühere Nachrichtenabteilung des Garnisonkommandos Halle in der Affäre des Spitzels Grimm entfaltet habe. Der bekannte Leutnant Gumbt habe einen ganzen Stab von Unteragenten, Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften, mit reichlichen Geldmitteln versehen, zur Verfügung gehabt zu dem ausschließlichen Zwecke, die kommunistische Bewegung durch Spitzeltätigkeit und Provokationen zu verächtlichen. Die sogenannte „illegale“ Kampforganisation für Halle, die zum Schein öffentlich Übungen abgehalten habe, sei von Grimm auf Befehl des Leiters der Nachrichtenabteilung Halle ins Leben gerufen worden, die sowohl das Geld wie die Handgranaten geliefert habe. Für diese Vandalen seien unternommen worden zu dem Zwecke, die kommunistische Gefahr immer neu aufleben zu lassen und damit das Weiterbestehen der recht einträglichen, in Wirklichkeit der Reaktion dienenden Nachrichtenstelle zu sichern.

Der Ausschuss beschließt die Ladung des Zeugen Gumbt. Abg. Heidenreich fragt den Zeugen Freysing, ob ihm die amtlichen Zusammenstellungen des Magdeburger Regierungspräsidenten, die „Rote Armee“ betreffend, nicht zugegangen seien, und welche Maßnahmen von der Meldestelle ergriffen worden seien? Der Befragte wird unwillig. Man kann es verstehen; hat er doch auf diese und ähnliche Fragen schon ein Dutzendmal geantwortet. Er habe den Bericht empfangen und ihn pflichtgemäß an den „Ordnungs“-Kommissar Weismann weitergegeben. Ermittlungen habe er nicht anstellen können, da die Berichte des Magdeburger Regierungspräsidenten nur Gerüchte wiedergeben hätten. Als aber der Abg. v. Dryander zum dreizehnten Male fragt, wüßte dem Zeugen doch zu bunt und er fragt den Ausschuss:

Was versteht man überhaupt unter einer „Roten Armee“?

Wenn der Regierungspräsident in Merseburg als „Rote Armee“ oder Vorbereitung zu ihr die politischen Organisationen der Arbeiter ansieht, dann könnte er dem nicht beistimmen. Denn dann hätten wir ja eine demokratische, eine zentralistische, eine deutschnationale Armee. Im Aufstand selbst hätten sich immer nur einzelne Bänder gezeigt, die nahezu ohne jede Verbindung waren.

Der Abg. Heidenreich legt Photographien vor von Formularen, aus denen das Verzeichnis von roten Kampforganisationen in Mansfeld hervorgehen soll. Wo er sie her hat, wird nicht verraten. Man kann sich den Grund dieser auffälligen Zurückhaltung denken. Die Formulare sind offensichtlich Spitzelarbeit. Abg. Liebknecht weist darauf hin, daß die erste Angabe auf den Formularen der Name des „militärischen Diktators“

ist. Dies Wort bezieht sich nicht im Sprachgebrauch von Arbeitern, auch nicht von Kommunisten. Genosse Kilian fragt den Zeugen Freysing, ob in der ausgehobenen Magdeburger Spitzelzentrale Dokumente, wie die Vorgelegten, angefertigt worden seien. Der Zeuge erwidert, die Spitzelzentrale habe ein großes Laboratorium gehabt, in dem alles sorgfältig hergestellt wurde. Abg. v. Dryander: Sie schreiben, was die

Magdeburger Spitzelzentrale ins Leben gerufen hat? Zeuge: Der Rechtsanwalt Schaper. Abg. v. Dryander fragt weiter: War die Magdeburger Spitzelzentrale eine behördliche Einrichtung? Oberregierungsrat Freysing, sonst antwortgerne, wird schlicht verlegen und schweigt sich auf diese interessante Frage aus. Der Abgeordnete will später darauf zurückkommen.

Als über die „Gefahrenherde“ in der Provinz Sachsen gesprochen wird — gemeint sind die kommunistischen Zentren — erklärt Freysing, die größere Gefahr sei zu Halle gewesen, weil dort Waffen fabriziert werden. Auf eine Frage des Genossen Kilian, ob der Zeuge sich denken könne, daß aus den Sübeler Fabriken unbemerkt größere Mengen von Waffen beiseite gebracht werden könnten, weicht der Zeuge nicht zu antworten, aber er fügt ein treffliches Beweisbeispiel für die Frechheit des reaktionären Schwindels über die Sübeler Kommunisten an: Erst vor kurzem habe die Meldestelle die Nachricht bekommen, die Sübeler hätten sich verpflichtet, beim nächsten kommunistischen Putzsch überstunden zu leisten um 20 000 Gewehre in acht Tagen herzustellen. Diesen faulen Zauber glaubt nicht einmal der Herr Oberregierungsrat!

Interessante Auseinandersetzungen entstehen bei der Befragung des Zeugen über die Frage, ob ein Rechtsputz zu erwarten gewesen sei. Er verneint sie. Als aber die Vertreter der reaktionären Parteien aus dieser Antwort kurzer Hand den Schluß ziehen wollen, daß der Verdacht der Arbeiter gegen Orgeß, Stahlhelm, Stadt und Land und ähnliches reaktionäres Gefindel unbegründet sei, macht ihnen der politische Adjutant Hörsing einen biden Strich durch ihre Rechnung. Der Stahlhelm sei jetzt zwar vom Minister des Innern (dem sogenannten Demokraten Domnicus) als „einwandfrei“ erklärt worden und die Orgeß habe zwar in ihrem Statut auch den Satz stehen gehabt, daß sie, auf den Boden der Verfassung stehend, den Staat gegen Putzsch von Rechts und Links schützen wolle.

Aber Papier sei gebudigt.

Das Vorstandsmitglied einer Ortsgruppe von „Stadt und Land“ habe ihm rundheraus erklärt, daß sein Verein eine Unterabteilung der vorhandenen Organisation Eiserich sei, und daß seine, d. h. Eiserichs Prinzipien, die seinen wären. Der deutschnationale Frager wird jetzt böse. Ob der Zeuge dem Beweise anführen könnte, daß die genannten Organisationen sich verfassungswidrig geäußert oder so gehandelt hätten. Ja, Handlungen kenne er nicht, aber Äußerungen wären ihm in

Partei Eigentum

ist jede Nummer der kommunistischen Zeitung! Sie ist dir zu treuen Händen übergeben, damit du sie als Agitationsmittel benutzt.

Wer eine kommunistische Zeitung achlos in die Ecke wirft, ist noch kein Kommunist.

großer Zahl bekannt geworden. Speziell in Halle waren in Versammlungen von Rechts die unglaublichen Reden gehalten worden. Hauptmann Werner, der Führer des „Bundes der Frontsoldaten“, habe ausgeführt: „Wir folgen unseren alten Führern, nicht den Verbrechern, die seit 1918 die Gewalt in den Händen haben.“ Auf eine Frage des Genossen Kilian erklärt der Zeuge, es sei ihm klar, daß

die Orgeß nicht auf dem Boden der Verfassung stände, und daß sie stark militärisch organisiert sei. Verdächtig sei, daß in einer Reihe von Städten, z. B. Magdeburg, der Stahlhelm keine Mehrheitsorganisation als Mitglieder aufnimmt, obwohl in seinem Statut stünde und obwohl er den Behörden gegenüber erklärt hätte: Wir nehmen alle auf, die auf den Boden der Verfassung stehen. (Geleitet.)

Abg. Liebknecht fragt den Zeugen, ob und für wen sich die Mitglieder der Orgeß, des Stahlhelms usw. beim Rapp-Butsch betätigt hätten. Natürlich für Rechts.

Abg. Liebknecht fragt den Zeugen, ob es richtig sei, daß der Staatskommissar für öffentliche Ordnung an die Meldestellen die Anweisung gegeben habe, mit den Geheimberichten so wenig wie möglich Beamte zu befragen und die sogenannten politischen Lageberichte nach Kenntnisnahme sofort zu vernichten.

Der Zeuge bejaht diese Frage. Als er sich über die Sprengung äußert, die er auf Hülz zurückführt, fragt ihn Genosse Kilian, ob ihm bekannt sei, daß die ursprünglich den Kommunisten angehängte

Brandstiftung und Verwüstung der Wohnung des Generaldirektors Heinold in Gisleben von dem früheren Oberleutnant Neumann und einem gewissen Gebe, den Organisatoren der Werkpolizei bei der Mansfelder Gewerkschaft ausgeführt

wurden und ob ihm ferner bekannt wäre, daß diese beiden Personen vom Gislebener Gericht wegen dieser Straftaten verurteilt worden seien, erklärt er, dies sei ihm nicht bekannt. Es wird beschloffen, die Gerichtsakten gegen Neumann und Gebe beizuziehen.

Abg. Christiane stellt die Frage, ob sich die Nachricht befähigt habe, die während des Aufstandes ungeheures Aufsehen erregt habe, wonach die hochschwängere Frau eines Wirtschaftsinpektors in Schafstädt von Kommunisten verewaltigt worden sei. Der Zeuge erwidert, diese Zeitungsmeldung sei ihm bekannt geworden, die Nachforschungen hätten aber ergeben, daß die Frau vollkommen gesund sei. Die Frau soll vor den Ausschuss geladen werden.

Zum Schluß gab Freysing Auskunft über die Zusage der Straflosigkeit an die kämpfenden Arbeiter in Mansfeld durch Freysing. In den Augen der Rechtsparteien und gewissen an der Energie, die sie zur Klärung dieser Angelegenheit im Untersuchungsausschuss verwenden, muß ihnen die Unterhandlung des Majors Folke mit Veckstedt in Gisleben und die von ihm mit Genehmigung Hörsings gemachte Zusage als ein Kapitalverbrechen gelten. Der Zeuge Freysing offenbarte aber auch bei dieser Gelegenheit den wirklichen Charakter Hörsings, indem er ausdrücklich betonte, Hörsing habe dem Major Folke bei einer telephonischen Unterredung erklärt:

Was Verhandlungen? Verhandlungen mit Unzufriedenen gibt es nicht, es werden Bedingungen gestellt!

Der nächste Zeuge war der Polizeileutnant Braunsdorf, Verbindungsoffizier zwischen dem Kommandostab der Schupo und dem Oberpräsidium Magdeburg. Er soll Aufschluß geben über das Ergebnis von Hausdurchsuchungen, die zur Aufhebung der Magdeburger Spitzelzentrale geführt haben. Er sagt aus: Als ich zu dem Lehrer Biesentz kam und ihm meinen Auftrag mitteilte, ersuchte er mich unter dem Hinweis, daß er früher Offizier gewesen sei, von der Hausdurchsuchung Abstand zu nehmen. Als ich darauf nicht einging, versuchte er mich noch ein zweites Mal abzuhalten mit den Worten: „Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort als Offizier, daß ich keinerlei geheimes Material in meiner Wohnung habe.“ Ich ging darauf nicht ein, öffnete den Schreibtisch und fand darin als wichtigstes Dokument die

Abschrift eines Planes über die Bildung einer „Roten Armee“ von 500 000 Mann, zur Durchführung des Kampfes für die Errichtung der Räterepublik, daneben eine große Anzahl von Nachrichten über Pläne und Absichten der „kommunistischen Kampforganisation“, die sich alle als unrichtig herausgestellt haben. Aus dem Material war auf Verbindung der Spitzelzentrale nach Berlin, zur Pinkerton-Gesellschaft und anderen Stellen, zu schließen.

Auf die Frage des Abg. Liebknecht, ob auch Reichswehrsoldaten mit der Spitzelzentrale in Verbindung gestanden hätten, erklärte der Zeuge, diese seien im Auftrage des Spitzels Altmann mit der Anfertigung von Buntplänen und mit der Ausbreitung von Gerüchten beschäftigt worden.

Mit welcher Dreistigkeit Reichswehroffiziere das Lügen- und Spitzelgeschindel zu schütten wissen, wurde klar, als der Zeuge Braunsdorf berichtet, wie ihm von Hallschen Reichswehroffizieren die Durchführung eines Auftrages vom Regierungsrat Hörsing zur Beschlagnahme einer Liste mit verdächtigen Dokumenten in Halle unmöglich gemacht worden sei. Der Hallsche Polizeidirektor Dörlch habe telephonisch nach Magdeburg berichtet, in der dortigen Reichswehrtafel stände eine Liste mit „verdächtigem“ Inhalt, und der frühere Leutnant Eger sollte verhaftet werden. Der Zeuge reiste nach Halle mit einem Ausweis Hörsings. Als er aber die Kaserne betreten wollte, erklärte ihm der diensttuende Offizier: „Ich kann Sie nicht hereinlassen, ich muß die Sache erst dem Kommandeur melden.“ Der Kommandeur verweigerte den Zutritt in den verschlossenen Raum, in dem die Liste stand. Auf den Hinweis des Zeugen, daß er im Auftrage Hörsings käme, erklärte der Oberst: „Der Regierungskommissar geht mich gar nichts an.“ Der zuletzt zur Entscheidung angerufen

Obrigabteilkommandeur entschied, das Zimmer dürfe auf keinen Fall geöffnet werden.

Unter diesen Umständen mußte ich auf die Ausführung meines Auftrages verzichten. Am andern Tage meldete die Polizeiverwaltung Halle, die verdächtige Liste sei von Reichswehrgenossen aus der Kaserne in das Offizierskasino gebracht worden. Dort habe ich sie dann beschlagnahmt.

Nach dem Inhalt der Dokumente befragt, die die Liste barg, erklärte der Zeuge, sie hätten meist von der Zeitfreiwilligenorganisation gehandelt und von ihren und der Reichswehr Verbindung mit den Vereinen „Stadt und Land“, sowie dem „Landbund“.

Dem Abg. Liebknecht stimmt er darin bei, daß es möglich gewesen ist, in der Zwischenzeit die Liste zu öffnen und kompromittierende Dokumente zu entfernen.

Zu diesem Beweispunkt soll der Landrat Gentschel, der Bearbeiter des Materials aus der Spitzelzentrale, als Zeuge vernommen werden.

Sitzung vom Mittwoch, den 14. September.

Vor dem Untersuchungsausschuss des Landtages wurde am Mittwoch der Staatskommissar für die öffentliche Ordnung, Dr. Weismann, vernommen. Seine Aussagen, noch mehr aber seine Aussageverweigerungen und sein provozierendes Auftreten gegen die Abgeordneten, die ihn nach unangenehmen Dingen fragten, beständig erneut das Miß, das sich die Öffentlichkeit von den Qualifikationen und Methoden dieses orgelstreichlichen Orgeßjägers, verfassungseindlichen Verfassungsbeschürzers und Tag und Nacht dienstfertigen Kommunistentörs längst geküßt hat. Seine Aussagen aber über den Kampf in Mitteldeutschland, den Anteil der Kommunisten an seiner Entstehung und vollends seine lächerlichen Kombinationen über die Folgen der „Einflüsse Moskaus“ charakterisierten trefflich die Qualität wie die Quellen des von ihm beschafften politischen Materials.

Weismann führte aus, an das Bestehen einer „Roten Armee“ habe er keinen Augenblick geglaubt. Dagegen bestanden gewisse lokale Kampforganisationen. Sein Feldzugsplan war, diese zu vernichten und es gar nicht erst zum Aufstand kommen zu lassen. Die Führer der Kampforganisation wurden verhaftet und vom Strafrichter erledigt, so im Ruhrgebiet, in Steudal, Frankfurt a. M., Pommern. In Steudal wurde Vater zwar freigesprochen, aber ich hatte wenigstens die „Reime zur Kampforganisation“ getötet. („Stegfried“ Weismann im Kampf wider die „Reime“, ein heiteres Bild in dieser ernsten Zeit!) In Mitteldeutschland war die Sache noch nicht reif, und mir fehlte das genügende Material für den Zugriff, aber ich beabsichtigte ihn und deshalb war mir die Polizeiaktion sehr unbehagen. Minister Severing und Oberpräsident Hörsing standen auf dem Standpunkt, daß ihre Polizeiaktion keinen Widerstand auslösen würde. Ich war vom Gegenteil überzeugt (selbstbewußt!); bei der Beurteilung solcher Dinge kommt es auf das „politische Fingerpißgefühl“ an. Ich war der Meinung, daß aus der Sache sich der kommunistische Aufstand entwickeln würde. Sein Verlaß hat gezeigt, daß in der Tat die Vorbereitungen bei den Kommunisten außerordentlich schlecht gewesen sind. Severing habe auf das Verlangen, noch einige Tage mit der Polizeiaktion zu warten, geantwortet, dies sei unmöglich, dann würde die Absicht der Regierung verraten, die Waffen der Arbeiter kämen nicht zutage, und später habe der Minister geäußert,

wenn nicht, wie gesehen, verfahren worden, wäre der Aufstand nicht gekommen und man hätte ihn nicht besiegen können!

Zur Ausländerfrage führt Weismann aus, er sei bereit, eidlich zu erklären, daß Bela Kuhn in Deutschland zur Zeit des Aufstandes gewesen sei und ihn geleitet habe. Der Staatskommissar für öffentliche Ordnung scheint die Eidesleistung noch immer sehr leicht zu nehmen, denn diese Behauptung, die er zuerst beschwören wollte, mußte er nach einer Frage des Vorsitzenden Rüttner, ob er seine Bekundung mit Beweisen führen könne, einschränken dahingehend: Er habe positive Mitteilungen gehabt, daß Kuhn in Mitteldeutschland und Berlin gesehen worden sei und er müsse annehmen, daß er als Vertreter Moskaus die Kampfhandlungen geleitet habe. (Das also sind die Beweise, positive Mitteilungen, natürlich von den berühmten Agenten, die für acht Groschen — Goldwährung natürlich — jede von den Kommunisten gewünschte Mitteilung liefern. Und aus diesen „Mitteilungen“ zieht der Staatskommissar seine Annahmen!) Bei dieser Gelegenheit beschwerte sich Herr Weismann recht bitter über die böse „Rote Fahne“, sie dicke ihm allerhand Schandtatzen an und sie schreibe nicht einmal seinen Namen richtig. (Merkt, daß die „Rote Fahne“ den Namen dieses berührten, um den Bestand der deutschen Räterepublik so sehr verdienten Namens nicht einmal genau zu schreiben vermag. Das grenzt ja an Majestätsbeleidigung!) In den Mitteilungen, die der „Ordnungskommissar“

Wohin geht der Mann?

Herr Liebermann mußte gehen, noch ehe er sein Werk, die kommunistische Partei und die 'Schlesische Arbeiter-Zeitung' zu vernichten, vollendet hatte.

Unser Genossen im Reich machen wir besonders auf diesen Polizeipräsidenten Liebermann a. D. aufmerksam, denn so plötzlich er von hier gehen mußte, kann er auch wo anders auftauchen.

Bevorstehende Erhöhung der Fahrpreise der städtischen Straßenbahn. Sicherem Vernehmen nach steht eine Erhöhung der Straßenbahnpreise unmittelbar bevor.

Feuerungszulagen im Breslauer Schmiedehandwerk. Auf Antrag des Deutschen Metallarbeiterverbandes (Ortsverwaltung Breslau) hat der Schlichtungs-Ausschuß Breslau-Stadt in seiner Sitzung am Montag unter dem Vorsitz des Stadtrats Frey der bei der hiesigen Schmiedemeinnung beschäftigten Gehilfenchaft durch Schiedspruch folgende Feuerungszulagen zugesprochen.

Fernsprechdienst betreffend! Nach der vom 1. Oktober ab gültigen neuen Fernsprechordnung endet zwar die Gültigkeit der für einen Tag eingegangenen, noch nicht erledigten Gesprächsammlungen mit Schluß des Tagesdienstes oder mit Ablauf des Tages.

Bei der Anmeldung von Gesprächen kann angegeben werden, daß ihre Gültigkeit zu einem bestimmten Zeitpunkt vorläufig erlöschen soll. Außerdem kann der Teilnehmer die Streichung einer Gesprächsammlung verlangen, wenn sie innerhalb eines bestimmten, in die Gültigkeitsdauer fallenden Zeitraumes zur Ausführung an der Reihe wäre.

Aus dem Waldenburger Revier.

Waldenburg. (Grubenunfall.) Im Bahnhofsamt Abt. 1 wurde Sonntag durch ein abfallendes Eisenblech, das eingeklemmt werden sollte, ein Bergmann getötet und zwei andere Bergleute verletzt.

Veranstaltungskalender.

Breslau. Am Freitag, 16. September, haben folgende Distrikte Distriktabend: 1/2, 3a, 4/14, 5a, 6, 7, 9, 9a, 10 und 12. Die Ortsleitung.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus. Berlin. Verlag: Eschke & Co. G. m. b. H. Berlin. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48.

Der nicht sich auf geheimnisvolle Andeutungen von 'wichtigen Entdeckungen' zurück, die in jüngster Zeit in Untersuchungsverfahren vor dem Reichsgericht gemacht worden seien und über die er nicht ausfragen könne.

Die Kommunistenmorde von Beesenstedt.

Nächster Zeuge ist der Kaufmann, früherer Unterwachtmeister bei der Sappe, Hundt aus Halle. Er bekundet, er sei vor seiner Tätigkeit bei der Polizei in der Nachrichtenabteilung des Garnisonskommandos Halle beschäftigt gewesen und habe dort beobachtet, daß der Spitzel Grimm gegen Bezahlung den Leiter der Nachrichtenabteilung, Leutnant Oswald, Aufträge aus der KAP überbracht habe.

Uebung von 'Kommunisten' unter den Augen des Leutnants Oswald und anderer Reichswehroffiziere stattgefunden!

Er selbst habe mit Handgranaten hantieren sehen. Als der Zeuge vom Genossen Kilian über seine Mitwirkung bei der Verbergung und Flucht Grimms nach Holland befragt wird, regt ein bürgerlicher Abgeordneter an, darauf aufmerksam zu machen, daß der Zeuge Aussagen, in denen er sich einer strafbaren Handlung bezichtigte, nicht zu machen brauche.

Der Zeuge bekundet weiter, er habe Anfang April als Unterwachtmeister der Sappe sich in Beesenstedt aufgehalten und die Erschießung des Amtsvorstehers Schönemann

Arme Witwen leeren die Sparbüchsen ihrer Kinder, um den hungernden Kindern in Rußland zu helfen.

Fette Bourgeois laufen zur Polizei, die sie auf unsere Sammler hehen, damit sie in ihrer Ruhe nicht gestört werden. Der fette Bürger sitzt auf seinem Geldsack und kennt keine Not. Der Proletarier aber, der die Not am eigenen Leibe erfährt, weiß, daß das Schicksal des russischen Volkes auch einft das des deutschen sein wird.

Rußlands Rettung ist unsere Erlösung. Unsere Gaben werden Zinsen für uns selber bringen. Darum auf zur Unterstützung Sowjetrußlands. Das arbeitende Volk, unsere Schwestern und Brüder leiden Not.

Ihre Rettung ist das Gebot der Stunde.

Die Erschießung des Arbeiterjournalisten Kurt Herzau aus Bitterfeld beobachtet.

Beide wären getötet worden nach ihrer Gefangennahme.

Zahnmeher sei mit Versprengten eingeliefert worden. Zivilpersonen hätten ihn dann als kommunistischen Führer bezeichnet. Darauf habe er Rufe gehört: 'An die Mauer, marisch, marisch!' Darauf sei Zahnmeher tatsächlich an der Mauer erlitten, wo er durch mehrere Schüsse niedergestreckt wurde.

Der Sammler Herzau sei, wie er mit eigenen Augen gesehen habe, nach der Gefangennahme von einem Sappebeamten mit einer Eisenklinge getötet worden.

Als er sich nach dem Grunde der Tat erkundigte, wäre ihm gesagt worden, der Sappebeamte wolle Herzau als Teilnehmer an dem Geschehen vor Gericht her erkannt haben.

Auf die Frage des Genossen Kilian, ob es wahr sei, daß dem Zeugen für die Befestigung von führenden Kommunisten Geschießpatronen eingehanden worden seien, erklärte dieser, solche Anordnungen seien an ihn und andere Angehörige der Sappe sehr oft gerichtet worden.

Für die Ergreifung und Befestigung von Märker-Zeitschriften seien ihm 3000 Mark geboten worden.

Der Vorsitzende Kattner rief dem Ausschuß zur Ergänzung der nebenstehenden Fragen und zur Bezeichnung der Verhandlungen durch Beschränkung auf Tatsachenfeststellungen. Er trug ferner mit der Reichstagsabgeordnete Paul Levi habe es abgesehen, vor dem Ausschuß als Zeuge zu erscheinen.

Der Vorsitzende Kattner rief dem Ausschuß zur Ergänzung der nebenstehenden Fragen und zur Bezeichnung der Verhandlungen durch Beschränkung auf Tatsachenfeststellungen. Er trug ferner mit der Reichstagsabgeordnete Paul Levi habe es abgesehen, vor dem Ausschuß als Zeuge zu erscheinen.

Als letztes wurde dem Ausschuß ein Brief des Genossen Kattner über den Verbleib des Genossen Kattner erst in der Sonntagssitzung vorgelesen.

über die Organisation seines Netz- und Nachrichtenendienstes machte, interessierte vor allem die, daß er

in allen Provinzen ein Netz von politischen Vertrauensleuten angelegt habe, deren Bekundungen bei Abgeordneten der Regierungsparteien zusammenlaufen.

Für das Ruhrgebiet sei sein Gewährsmann der Abgeordnete Schuchman (ein Rechtssozialist). Auch hier wandte sich Herr Weismann erneut mit Emphase gegen die 'Note Fahne', die Altkennlinie aus seinem Munde abgedruckt habe, noch dazu entsetzt.

An die Absicht eines Rechtssozialisten glaubt der Zeuge selbstverständlich nicht. Die Magdeburger Spitzelzentrale sei nicht von Hörsing, sondern von ihm entdeckt worden. Er habe schon 78 solche Stellen aufgehoben. Die eiligen Veröffentlichungen der Pressestelle des Magdeburger Oberpräsidiums über die Spitzelzentrale habe er für nachteilig gehalten.

Der Arm des preussischen Ordnungshüters reicht nicht bis nach München. Deshalb ist es ihm billig, die süddeutschen Monarchenputschisten preiszugeben.

Die Schätzungen des Regierungspräsidenten von Merseburg über die Bewaffnung der Arbeiterchaft hält der Zeuge für weit übertrieben, die Annahmen vom Entwaffnungskommissar Peters für zu gering.

Zu einer lebhaften Szene kommt es, als Genosse Kilian den Zeugen Weismann nach dem Namen von Geldgebern für die Nachrichtenstelle fragt. Der Staatskommissar verweigert hierauf die Antwort.

Auch die Rechtssozialisten beteiligen sich an dem Schutze der Kapitalisten, die die Lagenfabriken gegen die Kommunisten so operativ finanziert.

Abg. v. Dröbner: Ist dem Zeugen bekannt, daß die von Hörsing ausgehobene Spitzelzentrale in Magdeburg von demselben Hörsing der Reichswehr zur Verwendung empfohlen ist?

Abg. v. Guentz (D. Sp.) bezweifelt, daß diese Nachrichtenstellen gleichmäßig seien. Zeuge Weismann erklärt demgegenüber: Wenn jemand den Plan über das Befahren einer 'Roten Armee' mit dem Namen kommunistischer Führer befehligt, dann ist das gewiß zum mindesten Unbedenklichkeit.

Die Haupttätigkeit des Staatskommissars für öffentliche Ordnung in der Sammlung von Nachrichten über die Vorgänge in den politischen Parteien unter Aufsichtnahme von Agenten, Spitzeln

in weitem Umfange besteht, in Einklang bringe, bringt Weismann in heftige Erregung. Er lehnt die Antwort ab.

Der Vorsitzende erklärt auf diese Unberschämtheit nur, daß er sie zurückweisen müsse.

Abg. v. Guentz will wissen, daß man aus dem Befahren von Nachrichtenstellen nicht auf die Gefahr eines Rechtssozialisten schließen könne.

Abg. Krüger fragt Weismann nach Beweisen für seine Behauptung, daß der Befehl zum Rückzug von

Der Verbandstag der Metallarbeiter in Jena.

Im großen Saale des Volkshauses in Jena wurde am 11. September die Generalversammlung der größten Gewerkschaft der Welt, des Deutschen Metallarbeiterverbandes durch eine Begrüßungsfeier eröffnet. Auf diesem Verbandstag, dessen Delegierte nicht weniger als 1.600.000 Mitglieder vertreten, sind die Augen der ganzen Welt mit größter Aufmerksamkeit gerichtet. Dieses große Interesse hat sich schon bei der Wahl der Delegierten gezeigt. Die sozialdemokratische und bezeichnenderweise auch die gesamte bürgerliche Presse hat nach der Wahl am 25. Juli von einer großen kommunistischen Niederlage geschrieben. Diese "Niederlage" bestand aber nur in der Auswirkung des demagogischen Wahlreglements der Dismänner. Denn zirka ein Drittel aller abgegebenen Stimmen entfielen auf die Kommunisten, die aber bei den annähernd 800 Delegierten nur durch 114 Delegierte vertreten sind. Hinter der verhältnismäßig kleinen Gruppe von Kommunisten auf der Generalversammlung steht also eine sehr bedeutende Macht innerhalb des Metallarbeiterverbandes.

Diese 15. ordentliche Generalversammlung hat eine verblüffend kurz Tagesordnung. Diese besteht nach dem Vorschlag des Vorstandes aus nur 4 Punkten:

1. Konstituierung der Generalversammlung und Wahl der Kommissionen.
2. Bericht des Vorstandes und Ausschusses, Beratung der hierzu und zum Verbandstag gestellten Anträge.
3. Beratung des Verbandsstatuts.
4. Erledigung sonstiger Verbandsangelegenheiten.

Die Kürze der vorgeschlagenen Tagesordnung kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich hinter jedem einzelnen Punkt eine Unmenge Konfliktsstoff verbirgt. Der Vorstand versucht offenbar, durch die kurze Zusammendrängung der vielen zur Debatte stehenden Probleme einer klaren Austragung der gegenwärtigen Meinungen aus dem Wege zu gehen.

Ob ihm das gelingen wird, ist bei allem Fraktionszwang, der auf dieser Generalversammlung eine große Rolle spielen wird, mehr als fraglich. Denn die große Anzahl von Anträgen zur Generalversammlung (insgesamt 730) weist darauf hin, daß die Mitglieder mit der jetzigen Führung des Verbandes nicht einverstanden sind.

14 Anträge fordern eine Erweiterung der Tagesordnung. Die meisten Anträge beschäftigen sich mit dem Verband einzuschlagenden Zielen. Die wichtigsten Anträge, die den meisten Anlauf zur Debatte geben werden, sind: Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale, Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft in jeder Art, auch des Eisenwirtschaftsbundes, Schaffung großer Industrieorganisationen, Rückgängigmachung aller kollaborierenden und schwebenden Ausschüsse, die aus politischen Gründen erfolgt sind. Des weiteren beschäftigen sich eine große Anzahl von Anträgen mit der Schreibweise der "Metallarbeiter-Zeitung", dann mit der Stellungnahme zur Gefesgebung für Arbeiterrecht, insbesondere zur Schlichtungsordnung, dann über das Thema Betriebsräte und Gewerkschaft, über Gestaltung des Unterfügungswesens im Verband und zuletzt über das Lehrlingswesen.

Die Generaldebatte wird unter dem Punkt "Bericht des Vorstandes" einsetzen. Doch schon bei Punkt 1: Konstituierung der Generalversammlung und Wahl der Kommissionen wird die große Wandlung der verschiedenen Personen und Parteien, die seit der Stuttgarter Generalversammlung eingetreten ist, klar zum Ausdruck kommen. Auf der Stuttgarter Tagung zählten die U.S.P.-Delegierten noch zum revolutionären Element und bildeten mit den Kommunisten zusammen die oppositionelle Mehrheit, die mit der rechtssozialistischen Reform- und Kriegspolitik gründlich abrechnete. Dieses Stärkeverhältnis kam auch bei allen Wahlen zum Ausdruck und die Dismänner verbanden der oppositionellen Mehrheit ihre Hoffen. Doch dank ihrer reformistischen und konterrevolutionären Politik, die sich sehr bald in nichts mehr von dem der Rechtssozialisten unterschied, sind auf der diesjährigen Tagung die U.S.P.-Strategen von der Gnade der Rechtssozialisten abhängig. Denn diese haben die absolute Mehrheit auf dem Verbandstag, obwohl sie unter den Mitgliedern sicher nicht die Majorität hinter sich haben. Dieses Machtverhältnis wird in allen Debatten und Beschlüssen für die führenden U.S.P.-Leute der einzig maßgebende Faktor sein. Ein Zurück zu einer revolutionären Einstellung gibt es für sie nicht mehr. Ihre Rührigkeit und Unentbehrlichkeit den Rechtssozialisten gegenüber werden sie daher durch Zustimmung zu allen reformistischen und allen gegen die Kommunisten gerichteten Anträgen zu beweisen versuchen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit das Gros der U.S.P.-Delegierten auf diesem Wege folgen wird.

"Mehrheit ist Mehrheit."

"Wir haben hier mehr als die Hälfte aller Delegierten und verlangen, daß in jeder Kommission die Mehrheit aus unseren Freunden besteht. An diesem Standpunkt müssen wir unter allen Umständen festhalten."

Mit diesen scharfen und klaren Worten hat der Rechtssozialist Haag aus Köln als Führer der S.P.D.-Fraktion gleich zu Beginn der heutigen Tagung die Situation gekennzeichnet. Man kann annehmen, daß dieser Wille der Rechtssozialisten der rücksichtslosen Ausnutzung ihrer Macht die ganze Tagung in Jena beherrschen wird.

Diese scharfe Abfrage an die Dismänner wird im ganzen Reiche einigermassen Ueberraschung hervorrufen, zumal es diese wahrscheinlich speziell in den letzten Wochen nicht daran fehlen ließen, immer und immer wieder zu betonen, daß eigentlich so gut wie gar keine Trennung zwischen ihnen und den Rechtssozialisten vorhanden wäre. In der Tat ist auch kein sachlicher Unterschied mehr vorhanden. Wenn aber Haag trotzdem einen so scharfen Trennungsschritt zieht, so offenbar deshalb, weil die Rechtssozialisten nicht gewillt sind, sich mit dem Mantel zu begnügen, wenn sie den Herzog haben können.

Genosse Malahn hatte als Vertreter der kommunistischen Fraktion geantwortet, daß bei Besetzung aller Kommissionen als Maßstab die Abstammung der Gesamtsolidarität zugrundegelegt werden soll. Da auf die Kommunisten ein Drittel aller abgegebenen Stimmen entfielen sind, verlangen wir von den 3 Sitzen in der Mandatsprüfungskommission 3 und schlagen vor, daß die anderen beiden Fraktionen auch durch je drei Delegierte vertreten sind.

Haag-Köln schlägt 5 S.P.D., 3 U.S.P. und einen S.P.D. als Verteilungsmodus vor. Ulrich-Berlin will der S.P.D. 4, der U.S.P. 3 und der S.P.D. 2 zugebilligt haben. Mit knapper Majorität hat sich der Verbandstag für den Vorschlag Haag entschieden.

Führt der Verbandstag bis zum Ende diese klare und konsequente Entscheidung durch, dann sind die Tage Dismanns im Metallarbeiter-Verband gezählt und die Rechtssozialisten beherrschen wieder unbestritten das Feld. Wir Kommunisten haben keine Veranlassung, diese Entwicklung im Metallarbeiter-Verband zu bedauern, zeigt sie doch klar und deutlich, wozu die Strategie eines Dismann geführt hat. Die vielen Laufende von U.S.P.-Arbeitern, die man gegen Moskau gepöbelt hat, müssen jetzt einsehen, wie recht die Kommunisten hatten, als sie ihnen erklärten, daß sie damit den Reformisten à la Reichert und Genossen in den Sattel helfen.

Im meisten gespannt kann man auf die Auswirkungen sein, die diese scharfe Trennung zwischen S.P.D. und U.S.P.-Metallararbeitern in Jena auf die Vereinigungsbestrebungen der beiden politischen Parteien ausüben wird.

1. Verhandlungstag.

Jena, 12. September.

Im Namen der zahlreichsten Jenaer S.P.D. begrüßt Matthei die Delegierten und Gäste. Er gibt einen kurzen Überblick über die Geschichte und Entwicklung der Stadt Jena, ihrer Industrie und ihrer hervorragenden Persönlichkeiten und erinnert an die wichtigsten Tagungen von Vertretern des deutschen Proletariats in diesem Saal, besonders an die S.P.D.-Parteitage von 1905, 1911 und 1913. Das Lokalomitee hatte die größten Anstrengungen gemacht, durch allerlei Darbietungen den Delegierten außerhalb der Tagungszeit den Aufenthalt in Jena so angenehm als nur irgend möglich zu gestalten. Er hoffe, daß sie sich in den Mauern Jenas wohl fühlen, und wünsche allen nochmals ein Willkommen.

Eröffnungsrede.

Dann ergreift Dismann zu einer längeren Eröffnungs- und Begrüßungsrede das Wort. Er dankte den Jenaer Kollegen für ihre Bemühungen. Diese hatten in jeder Beziehung Mustergültiges geleistet. Dismann erinnerte an die Kollegen, die der Tod im Laufe der letzten Jahre aus unseren Reihen gerissen hat. (Die Versammlung hat sich von ihren Plätzen erhoben.) Von dieser Stelle hat im Jahre 1911 August Bebel anlässlich der Marokkofriege ein grandioses Bild von dem europäischen Kriege gezeichnet. Doch wir, die wir den furchtbaren Krieg erlebt haben, wissen, daß keine Farbe zu grell und kein Wort scharf genug war, die furchtbare Grausamkeit des Krieges zu zeichnen. Wir werden, obwohl formell der Krieg zu Ende ist, in diesen Tagen uns vor allem mit den Folgen des Krieges zu beschäftigen haben. Die Wirtschaftskrise, die schon seit über einem Jahr hier in Deutschland vorherrscht, die Arbeitslosigkeit von vielen Hunderttausenden, Not und Elend sind alles Folgen

Die Arbeiter der ganzen Welt helfen Sowjetrußland



Im Kampf gegen Hunger und Kapitalismus!

des Krieges. Und wenn zur selben Zeit, in der wir hier tagen, in Genf der Völkerverbund über die Geschicke der Völker der ganzen Welt Beschlüsse fäßt, so müssen wir uns klar sein, daß dies die Vertretung des kapitalistischen Weltbundes ist. Diesem kapitalistischen Bund, der sein verkehrtes Wirtschaftssystem aufrechterhalten will, müssen wir den internationalen Bund der Arbeiterklasse entgegenstellen.

Wenn augenblicklich in Deutschland eine wirtschaftliche Scheinkonjunktur vorhanden ist, so dürfen wir uns nicht darüber hingeküßeln, daß dies nur eine Folge der sinkenden Werta ist. Mit Sicherheit ist darauf zu rechnen, daß diese Periode durch wirtschaftliche Rückschläge abgelöst wird. Die Entwertung des Geldes hat im ganzen Reiche viele Lohnbewegungen und Kämpfe zur Folge, die augenblicklich im vollen Gange sind.

Doch trotz aller Kämpfe seitens der Arbeiterschaft müssen wir feststellen, daß die Bereinigung zu-, anstatt abnimmt.

Mehrlach ist es auch in politischer Hinsicht. Die Reaktion ist überall im Vormarsch. Zurzeit hat Bayern die Führung darin. Wir wollen von dieser Stelle aus feststellen, daß, wenn die bayerischen Arbeiter den Kampf aufnehmen gegen die Reaktionen, sie der Unterstützung der Millionen von Metallarbeitern sicher sein wird. (Lebhafter Beifall.) Nachdem Dismann die Delegierten, insbesondere die ausländischen Gäste, willkommen geheißen hat, schließt er mit einem Appell an die Proletarier aller Länder, sie möchten durch den Kampf gegen ihre reaktionären Regierungen den deutschen Brüdern helfen, ihre Ausbeuter niedersuringen.

Wahl der Mandatsprüfungskommission.

Dismann schlägt vor, die Mandatsprüfungskommission auf 9 Personen zu besetzen. Dem wird zugestimmt. Malahn präsidiert knapp den Standpunkt in der Besetzung der Kommission. Nachdem Haag-Köln unter Beugung auf die Stuttgarter Generalversammlung seinen Antrag begründet, wird nach einer kurzen Bemerkung von Ulrich (U.S.P.) mit 402 Stimmen der Antrag Haag angenommen.

- Es wurden gewählt:
- S.P.D.: Rüter (Herne), Fellen (Landsberg), Ramsbrod (Berlin), Tsch (Chemnitz).
 - U.S.P.: Hörmann (Jagen), Hellig (Witten), Knopf (Berlin).
 - S.P.D.: Riffen (Remscheid).

Begrüßungsansprachen der ausländischen Gäste.

Die verschiedenen Vertreter der Metallarbeiterorganisationen von der Schweiz, Oesterreich, Tschechoslowakei, Frankreich übermitteln in teils kurzen, teils längeren Ausführungen die Grüße ihrer Verbandsmitglieder. Sie geben dabei eine kurze Schilderung des Standes ihrer Bewegung und der Stärke ihrer Organisationen.

Besonders hervorzuheben sind die Äußerungen des internationalen Metallarbeitersekretärs Fley aus Bern, der daran erinnert, daß wir trotz formellen Friedensschlusses immer noch im Kriegszustand leben. Noch mordet sich an den verschiedensten Stellen Europas gegenseitig Proletarier auf das Geheiß der Kapitalisten, Hunger und Elend herrschen nicht nur in Deutschland, sondern unter den Proletariern aller Länder. Das einzig Erfreuliche sei, daß die durch den Krieg gestörten internationalen Arbeiterverbindungen wieder aufgenommen seien, und er hätte den Auftrag, die deutschen Metallarbeiter im Namen ihrer Berufscollegen der ganzen Welt zu begrüßen.

Franz Domes vom österreichischen Metallarbeiterverband entwickelt ein furchtbares Bild von der Notlage des österreichischen Proletariats. Das amtlich errechnete Erftensminimum sei von 182 Kronen im Jahre 1914 auf 15 914 Kronen, also auf das 9fache angestiegen. Dieser Steigerung seien die Löhne bei weitem nicht gefolgt. Er hoffe und wünsche, daß die österreichischen Metallarbeiter bald ganz mit ihren deutschen Kollegen vereinigt werden.

Merheim-Frankreich betont, daß der französische Metallarbeiterverband die einzige Organisation in Frankreich war, die gegen den nationalistischen Laumel während des Krieges Front gemacht habe. Eine ungeheure Krise beherrsche das französische Wirtschaftsleben. Die französischen Arbeiter stehen dem übermächtigen Kapital fast hilflos gegenüber, um so mehr, als die französischen Arbeiterorganisationen fast vollkommen zerstört seien. Die Gesamtzahl aller Gewerkschaftsmitglieder sei von 3 Millionen auf 600.000, und die der Metallarbeiter von 300.000 auf 50.000 heruntergegangen. Ueber diese Zersplitterung in der französischen Arbeiterschaft sei die Reaktion in Frankreich hoch erfreut. (Diese beweglichen Klagen aus dem Munde Merheims berühren uns eigentümlich. In dunklen Andeutungen hat er von reaktionären Kräften gesprochen, die die Organisation zertrümmert hätten. Wenn er ehrlich sein wollte, hätte er mitteilen müssen, daß er, Fouhaug und Genossenschaftsgenossen an dieser Entwicklung nicht unschuldig sind. Denn sie haben durch Wähmung des Mehrheitswillens, durch Massenauslässe usw. sich mit allen Mitteln an der Spitze zu halten versucht. Ihre Tätigkeit wurde auch von der führenden reaktionären Presse gebührend gewürdigt. Der "Globe Eclair" schreibt folgendes:

"Wenn dagegen der Gewerkschaftsbund aus seinen Reihen die Wähler befreit, so leistet er damit einen Dienst, dessen Wert der Ministerpräsident wohl einschätzen wird. Aber Fouhaug und Merheim müssen sich beeilen, sonst werden sie noch selbst über Bord geworfen, genau so, wie es Lonquet und seinen Freunden ergangen ist."

Wir sehen, auch in Frankreich finden die Amsterdamer Gewerkschaftsbürokraten die volle Zustimmung der Bürgerlichen, wenn sie gegen die Kommunisten vorgehen. (D. Richterflatter.)

Nachdem noch zwei Vertreter der tschechoslowakischen Metallarbeiter gesprochen hatten, trat man in die Mittagspause ein.

Nach der Mittagspause sprach der Vertreter des ungarischen Metallarbeiterverbandes, Kruppa-Budapest. Er benützte sein Gastrecht zu einer wüsten Antikommunistenrede. Er stellte eine Unmenge beweislöser Behauptungen auf und suchte mit der Aufkündigung von geradezu kleinlichen Märchen eine antikommunistische Stimmung zu erzeugen. Nachdem er durch den Protest der kommunistischen Delegierten gezwungen wurde, seine tendenziösen Ausführungen aufzugeben, schildert der Redner die furchtbaren Unterdrückungsmaßnahmen, unter denen die ungarischen Arbeiter zu leiden haben. Aber statt die Metallarbeiter Deutschlands und die der ganzen Welt zum flammenden Protest und zum entschlossenen Solidaritätskampf gegen die Horthy-Henker in Ungarn aufzurufen, schob er alle Schuld an diesen traurigen Zuständen den Kommunisten in die Schuhe. Wenn man die Ausführungen dieses "Arbeitervertreter" gehört hat, dann kann man erst verstehen, warum es den ungarischen Henkern so leicht möglich war, viele Tausende von tapferen Proletariern zu mordeten.

Auch Hirsbrunner-Schweiz hat nach einem kurzen Bericht über die Entwicklung des Uhren- und Metallarbeiterverbandes der Schweiz nichts Besseres zu tun, als sich in einseitiger, gegen die Kommunisten gerichteter Weise über die Meinungskämpfe innerhalb seiner Organisation zu verbreiten.

Danz-Holland: Ihr deutschen Kollegen seid, ohne es zu wollen, unsere Konkurrenten geworden. Durch die Weltausdifferenz können eure Unternehmer die unsrigen mit Leichtigkeit aus dem Felde schlagen. Wir stehen heute vor der Alternative: entweder werden die deutschen Löhne erhöht, oder die holländischen herabgesetzt.

Sanften-Kopenhagen: In Skandinavien ist die Not des Proletariats ebenso groß, als wie in den am Kriege beteiligten gewesenen Ländern.

In den drei skandinavischen Ländern hat die Zahl der Arbeitslosen die furchtbare Höhe von 600.000 erreicht. Unter diesen Verhältnissen haben die Gewerkschaften einen furchtbar schweren Stand.

Schott vom Verband der Kupferschmiede Deutschlands und Allers vom Schiffszimmererverband berichten über den Stand der Anschlussbewegung ihrer Organisation an den D.M.V. Beide sind der Auffassung, daß es im Interesse ihrer Verbandsmitglieder liege, wenn die Vereinigung mit dem Metallarbeiterverband in nicht allzu ferne Zeit vollzogen wird. Sie bedauern, daß die Mehrheit ihrer Verbandsmitglieder noch nicht zu dieser Auffassung gekommen ist.

Cohen als Vertreter des D.M.V. läßt durch den Vortragenden erklären, daß er dem Verbandstag ein erfolgreiches Arbeiten wünsche. Er verfolge die Beratungen mit Interesse, begnüge sich aber seinerseits mit dieser Erklärung.

Von den Organisationen der englischen und italienischen Metallarbeiter sind Begrüßungsschreiben eingelaufen, in denen die betreffenden Kollegen bedauern, durch dringende Geschäfte an der Teilnahme der Tagung in Jena verhindert zu sein. In beiden Schreiben wird den deutschen Metallarbeitern die größte Sympathie und die besten Grüße für ihre Tagung ausgesprochen.

Dismann dankt im Namen des Vorstandes und des Verbandstages den Vertretern der ausländischen Bruderorganisationen für ihre Ausführungen. Wir haben daraus entnommen, daß die Kollegen jenseits der Grenzpfähle von denselben Sorgen und Nöten bedrückt werden wie wir, und daß sie willens sind, ebenso wie wir in Deutschland in ihrer Heimat gegen unseren gemeinsamen Feind, den Kapitalismus, zu kämpfen.

2. Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung.

Jena, 13. September.

Der heutige zweite Verhandlungstag war angefüllt mit endlosen Debatten über die Währungsfrage, über die Wahl der verschiedenen Kommissionen, über die Aufstellung der Tagesordnung. Die Diskutanten, die gestanden hatten zu stehen, mußten heute erkennen, daß sie die Geschickten sind. In dieser Tatsache läßt sich all ihre Bemühungen, ihren blühenden Einfluß aufrechtzuerhalten, an. Die SPD-Fraktion handhabte trotz aller Ermahnungen der USPD-Leute, daß sie doch gemeinsam gewählt hätten, die Sache mit brutaler Rücksichtslosigkeit. Am trübseligsten kam das zum Ausdruck durch das Vorgehen der SPD-Delegierten gegenüber dem Kollegen Reichner (USPD), der sie alsbald erinnerte, daß sie ihre Mehrheit den unabhängigen Metallarbeitern zu verdanken hätten. In Erbitterung über diese Unanständigkeit ihrer rechten Freunde, verzichtete die USPD-Fraktion auf einen Sitz im Büro. Dieses ist daher aus zwei Rechtssozialisten und einem Kommunisten zusammengesetzt.

Gegen Schluß der Sitzung wurde es noch ziemlich lebhaft durch den von unseren Genossen gestellten Antrag, den hungernden russischen Arbeitern und Bauern aus der Hauptkasse des DGB 1 M. pro Mitglied zu überweisen. Es war den Rednern der anderen Fraktionen, Haas (SPD) und Dikmann (USPD), unter der gegebenen Situation unmöglich, sachlich gegen den Antrag Stellung zu nehmen.

Aber in formeller Hinsicht wußten sie allerdings herumzulegen und erreichten damit, daß dieser Antrag der Rechnungs-Kommission und dem Vorstand überwiesen wurde, anstatt daß durch eine einstimmige Zustimmung der Zeit ein leuchtendes Beispiel internationaler proletarischer Solidarität gegeben worden wäre.

Kambrück-Berlin gibt den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Entgegen früheren Verhandlungen liegen dem jetzigen nur sehr wenig Proteste vor. Von 780 Mandaten sind 778 unbeanstandet. Die Kommission beantragt, deren Gültigkeitserklärung. Dem wird zugestimmt.

Proteste liegen vor aus dem Wahlbezirk Gumburg. Dort sind durch Verlegung der Wahlzeiten und durch falsche Eintragungen in das Wahlprotokoll Verstöße vorgekommen. Die Kommission beantragt, die Wahl des Kollegen Föllmer für gültig, die Wahl des Kollegen Sinz für ungültig zu erklären. Die Versammlung beschließt demgemäß.

Die Verwaltungsstelle Cassel beschwert sich darüber, daß ihr vom Vorstand nur 7 Mandate zugewiesen wurden. Sie beantragt gemäß ihrer Abrechnung und jetzigen Mitgliederzahl 8 Mandate. Nach einer Debatte wird der Antrag Cassel abgelehnt.

Bei der Wahl des Büros entspannt sich eine lange Debatte, in der die auf der Generalversammlung herrschenden Gegensätze in sehr diffuser Form zum Ausdruck kommen.

Haas (SPD) will drei Vorsitzende, mit gleichen Rechten ausgebildet, nur aus den Reihen der Delegierten entnehmen. Die Politik des Vorstandes stände hier mehr denn je im Brennpunkt der Versammlung und es läge daher im Interesse einer unparteiischen Versammlungsleitung, wenn kein Mitglied des Vorstandes in das Büro hineingewählt wird.

Ralsjahn (SPD) nimmt dem Vorschlag von Haas zu (Denn er dessen Begründung auch nicht teilen könne).

Sinz und Ulrich (USPD) widersprechen dem Antrag und den Ausführungen Haas' in sehr erregter Weise, und fragen an, warum er nicht früher zu dieser Auffassung gekommen sei, als seine Freunde den Vorstand beherrschten. Sie beantragen, die Vorstandsmitglieder Brandes und Reichner mit der Leitung des Verbandstages zu beauftragen.

Nachdem Haas in sehr kurzer aber erregter Erwiderung den USPD-Kollegen warnt, daß die Politik und Richtschnur der internationalen Umarmungen zwischen SPD und USPD vorgeworfen hat, wird der Antrag Haas mit großer Mehrheit angenommen.

Ulrich (USPD) beantragt hierauf im Namen seiner Fraktion, den Verbandstag zwecks Anspruchs innerhalb der Fraktionen auf eine Stunde zu verlagern. Dem wird allerseits zugestimmt, und da es inzwischen 11 Uhr geworden ist, die Generalversammlung auf 2 Uhr nachmittags verlegt.

2. Verhandlungstag. Nachmittags-Sitzung.

Mit einer überaus komischen Situation begann die Nachmittags-Sitzung. Dikmann stellte fest, daß sich die Fraktionen über die nunmehr vorherrschende Lage ausgesprochen hätten und fragte an, wer das Wort wünsche. Minutenlang meldeten sich weder Haas noch Ulrich zum Wort, trotzdem sie zunächst dazu aufgefordert wurden.

Ulrich wollte den ganz Schönen marxisten und Wörtchen unter ungeheurer Heiterkeit aus, nachdem sich niemand zum Wort meldete, beantragte er, das bisherige Büro mit der Geschäftsführung für die ganze Tagung zu beauftragen. So dann kritisierte sich Haas und Ulrich eine Zeitlang herum, wo die Wahl hätte, zuerst das Wort zu nehmen.

Gen. Ralsjahn machte dem nicht gerade erhebenden Spiel dadurch ein Ende, daß er den Genossen Brandes als einen der zu wählenden Vorsitzenden vorschlug. Haas jagte Wödem und Strobel vor. Die Unabhängigen erklärten, nur den Kollegen Brandes vorschlagen zu wollen. Als aber die Generalversammlung gemäß ihrem Beschluß, kein Vorstandsmitglied in das Büro zu wählen, die Wahl des Kollegen Brandes nicht zuließ, verzichteten die Unabhängigen ihrerseits auf weitere Vorschläge. Mit großer Mehrheit werden dann zu Vorsitzenden gewählt: Dikmann, Reichner und Strobel-Chernowiz (SPD), Brandes (USPD).

Wahl der Kommissionen.

Reichner übernahm den Vorsitz und schloß die 5 Schriftführer zu wählen. Dem wird zugestimmt. Einstimmig werden dazu die Kollegen Straßel-Salgungen, Krieger-Strandorf, Greiner-Berlin, Salus-Zwillingen (SPD), Gander-Dresden, Götter-Vismarschütz, Frick-Gleibitz-Berlin (USPD) und Kretzschmar-Gießen (SPD) bestimmt.

Bei der Wahl zu allen Kommissionen wird der bei der Mandatsprüfungskommission schon angewandte Berichtungsverfahren von 5 SPD, 3 USPD und 1 SPD zugrunde gelegt.

Nach den Vorschlägen der Fraktionen werden nunmehr die beiden Rechnungs-Kommissionen, die Rechnungs-Kommission und die Wahl-Kommission besetzt.

Festsetzung der Geschäftsordnung.

Haas (SPD) beantragt, die Geschäftsordnung dahingehend zu ändern, daß nach den Kriterien die Fraktionen abwechselungsweise zum Wort kommen und zwar soll die erste Garnitur Redner eine Stunde, die zweite drei Viertelstunden und die dritte eine halbe Stunde sprechen dürfen. Des weiteren beantragt er, den Absatz 5 der Geschäftsordnung dahin

abzuändern, daß nicht, wie bis her, 7, sondern 30 Unterredungen zur gemeinsamen Unterredung eines Tages notwendig sind; Absatz 6 beantragt er dahingehend zu ändern, daß nicht 25, sondern 75 Delegierte eine namentliche Abstimmung beantragen können. Nach kurzer Debatte wurde demgemäß beschlossen.

Abänderungsanträge zur Tagesordnung.

Wegmann (SPD) beantragt, Punkt 2 der Tagesordnung zu teilen und zwar sollen unter Punkt 2 behandelt werden: Bericht des Vorstandes und des Ausschusses und der hierzu gestellten Anträge, unter 2a: Die wirtschaftliche Lage Deutschlands, Arbeitsgemeinschaften, Betriebsräte und die Laktion bei den kommenden Lohnkämpfen.

Der Antragsteller führt dazu aus, daß eine geordnete und fruchtbringende Beratung all dieser wichtigen Fragen unmöglich sei, wenn sie unter einem Punkt behandelt wird.

Ulrich (USPD) und Dikmann (USPD), ebenso Haas-Rdin (SPD) widersprechen dem und halten eine geordnete Behandlung sämtlicher Fragen bei der vorgelegten Tagesordnung für sehr gut möglich.

Der Antrag Ralsjahn wird abgelehnt.

Protest der kommunistischen Fraktion.

Von der SPD wird darauf folgende Erklärung abgegeben:

Durch die Ablehnung unseres Antrages hat die Mehrheit der Generalversammlung bewiesen, daß sie einer gründlichen Erörterung der den Verband sowie die gesamte Arbeiterchaft interessierenden internationalen und nationalen Wirtschaftslage aus dem Wege geht. Sie will dadurch verhindern, daß die notwendigen Schlussfolgerungen aus der bisherigen Tätigkeit des Verbandes und seiner kommenden Aufgaben gezogen werden.

In dem Tätigkeitsbericht sollen folgende Fragen behandelt werden:

1. Lohnbewegung des verflochtenen Geschäftsjahres,
2. Metallarbeiter-Verband,
3. Berufskonferenzen,
4. Ausschluß der Kommunisten,
5. Metallarbeiter-Zeitung,
6. Arbeiteralabemien usw.

Es ist unmöglich, in fruchtbringender Weise neben diesem großen Tätigkeitsbericht auch noch das komplizierte Gebiet der gegenwärtigen Wirtschaftslage im Zusammenhang mit der Frage der Arbeitsgemeinschaft, des Eisenwirtschaftsbundes und der sich daraus ergebenden wichtigen Frage der Laktion des Verbandes bei kommenden Lohn- und Wirtschaftskämpfen zu klären und festzulegen, um dadurch die Geschlossenheit und Schlagkraft der Organisation herbeizuführen.

Angesichts der gegenwärtigen verschärften und jugendlichen wirtschaftlichen und politischen Lage, in der die Arbeiterchaft jeden Tag in große Kämpfe verwickelt werden kann, ist dieses Vorgehen der Mehrheit der Generalversammlung eine unverantwortliche und die Arbeiterchaft schädigende Handlungsweise, gegen die wir auf das schärfste protestieren.

Die der SPD angehörenden Delegierten:

Von den verschiedenen Jahrestellen waren 14 Abänderungsanträge zur Tagesordnung gestellt worden. Sie wurden alle ohne Ausnahme abgelehnt.

Vor Schluß der Sitzung bringt Genosse Waidner im Auftrag der SPD-Fraktion folgenden Antrag zur Verlesung:

Antrag betreffend Außenhilfe.

Die Generalversammlung des DGB lenkt die Aufmerksamkeit der Verbandsmitglieder auf die furchtbare Notlage, in der sich mehr als 20 Millionen russischer Arbeiter und Bauern infolge einer verheerenden Dürre befinden. Sie beauftragt den Vorstand, sofort aus dem Bestand der Hauptkassen pro Mitglied eine Mark bedingungslos für die Außenhilfe zur Verfügung zu stellen.

Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand, beim DGB dahingehend, daß sich die übrigen dem DGB angeschlossenen Verbände dem Vorgehen der Generalversammlung anschließen und ebenfalls aus den Mitteln der Hauptkassen einen einmaligen Betrag an die notleidenden Arbeiter und Bauern in Sowjetrußland abzuführen.

Die Generalversammlung ersucht die Verbandsmitglieder, ungeachtet dieses Beschlusses und der eigenen Notlage, in der Behandlung einer freiwilligen tatkräftigen Hilfe für Sowjetrußland nicht zu erlahmen.

Waidner knüpft daran die Bemerkung, daß er glaube, zu diesem Antrage keine lange Begründung geben zu müssen, zumal auch Dikmann in seiner Begründungsrede sich für eine tatkräftige Hilfe der russischen Arbeiter und Bauern ausgesprochen habe.

Haas (SPD): Es ist parlamentarisch unzulässig, beratig wählende Anträge ohne vorherige Verständigung des Präsidiums vorzutragen und zur Debatte und zur Abstimmung zu stellen. Er beantragt daher die Überweisung an die Rechnungs-Kommission.

Dikmann (USPD) ist ebenfalls für die Überweisung an die Rechnungs-Kommission, verlangt aber, daß zu der Beratung über diesen Antrag auch der Vorstand hinzugezogen wird. (Mit erheblicher Stimme): Ich will meinen Freunden von links aber gleich mit aller Unzweifelbarkeit sagen, daß bei eventueller Zustimmung die Gelder an den internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam abgeführt werden. Auf den Zwischenruf: aber ohne Bedingungen, antwortet Dikmann: wir haben das nicht im Sinn und brauchen das auch nicht. Wir hoffen und wünschen, daß wir nie genötigt sein werden, die Kupferdammer an diese Worte zu erinnern. (D. Berichtshalter.)

Wegmann (SPD) ersucht um sofortige Abstimmung, weil dies expedient im Interesse einer schnelleren Hilfe liege und auch noch außer ein weit günstigeres Bild ergebe. Des weiteren erkl. er, daß in dem Antrag kein Wort über die Stelle, an die die Gelder abgeleitet werden sollen, stehe. Das scharfe Einreden Dikmann für Amsterdam wäre aber vollkommen überflüssig gewesen.

Der Antrag wurde der Rechnungs-Kommission überwiesen.

3. Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung.

Vorstandsbericht.

Sofort nach Eröffnung der Sitzung ersticht

Dikmann

das Wort zu ihrem Referat. Einleitend betont er, daß er nur in großen Zügen einen Bericht über die nunmehrige Tätigkeit des Vorstandes geben kann. Er bezieht sich auf den gedruckt veröffentlichten Geschäftsbericht.

Was sich zur Zeit der Stuttgarter Tagung schon angeleitet, ist im Laufe der letzten zwei Jahre voll in Erscheinung getreten. Die

Wirtschaftskrise

hat tiefste Formen, sowohl national wie auch international, angenommen. Mit eintönigen Schwankungen ist die Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung nur nach abwärts gerichtet.

Die Auswirkungen der Revolution und die vielen durch die Krise auftauchenden Fragen haben zu schweren Kämpfen innerhalb unseres Verbandes geführt. Ich erinnere an die schweren Auseinandersetzungen über die Frage der Räteorganisation.

Sie sind heute im Interesse der Gewerkschaften entschieden. Raum war dieser Kampf entschieden, als der

Wirtschaftskrise aus Moskau

einschloß. Ich wünsche, daß sich der Verbandstag über diese Frage, die noch längst nicht erledigt ist, klar und deutlich ausspricht.

Dikmann verbietet sich dann über organisatorische Fragen, aber die auf dem letzten Verbandstage beschlossene Teilung einzelner großer Bezirke und über die Einrichtung von Unterrichtsstellen. Besondere Aufmerksamkeit habe der Vorstand der Frage der jugendlichen Arbeiter einschließlich der Besetzung geschenkt.

Die Grenzfreistreitigkeiten.

mit anderen dem DGB angeschlossenen Verbänden nehmen Formen an, daß wir kategorisch erklären müssen, so wie in den letzten zwei Jahren kann es nicht weiter gehen. Dikmann wendet sich scharf gegen die Bestrebungen des Verbandes der Metallisten und Seiler, des Fabrik- und Transportarbeiterverbandes und besonders des Eisenbahnerverbandes.

Das größte Kapitel in meinem Bericht sind die Bewegungen und Kämpfe.

Den Verbandskollegen, denen man seit Jahren vorgerebet hat, daß die Gewerkschaften versagt haben, daß sie nicht kämpfen wollen, daß sie die Arbeiter verbluten lassen, rate ich bringen, sich die Zahlen im Jahresbericht anzusehen. Ich stelle fest, daß es in 601 Fällen zu Streiks und Aussperrungen kam und daß der Metallarbeiterverband rund

23 Millionen Mark Streikunterstützung

ausgegeben hat. Der Kampf im einzelnen richtet sich nach den gegebenen Verhältnissen. Wir sagen nicht, Kampf um jeden Preis und unter allen Umständen, sondern wir überlassen die Entscheidung darüber unseren Verbandskollegen. (III) Es ist richtig, daß der Reallohn gesunken ist und er ist noch weiter im Sinken und das kann der Metallarbeiterverband auch nicht abhalten. Das ist die Folge des Versalles Friedensvertrages und es hat seinen Zweck, dagegen mit Unermüdung anzukämpfen. Wer bei jeder Gelegenheit die Arbeiter in den Streik hebt und sie dadurch der Not und dem Elend überliefert, handelt gewissenlos und verbrecherisch. (Zwischenruf: diese Worte würden aus dem Munde eines Schliche überzeugender klingen.)

Der Redner behandelt dann die verschiedenen großen Kämpfe in Hamburg, Löwe-Berlin, Hamborn, Leberhausen usw. Unter Verlesen einzelner Stellen aus kommunistischen Zeitungen polemisiert er gegen die von den Kommunisten eingenommene Stellung in den betreffenden Kämpfen.

Arbeitslosenfrage.

Wer sagt, daß die Gewerkschaften für die Arbeitslosen nichts getan hätten, der hat keine Ahnung von dem

erbitterten Ringen der Gewerkschaftsvertreter

in den parlamentarischen Kommissionen. Wir haben zwar nicht eine große Arbeitslosigkeit beseitigen können, aber durch unser Wirken doch die Entlastung von weiteren Hunderttausenden herbeiführt. Mit dem Generalkrieg lasse sich das Arbeitslosenproblem nicht lösen. Das Arbeitslosenproblem könne erst mit der Befestigung des Kapitalismus aus der Welt geschafft werden. (Sehr richtig! bei dem komm. Deleg.)

Als der Redner in bekannter Manier die Vorgänge vor dem Berliner Gewerkschaftshaus bespricht, kommt es zu lebhaften Unruhen.

Werksarbeiterbewegung.

Der Redner bespricht die einzelnen Phasen des Werksarbeiterkampfes, verwies auf die Bewegung der Schichtarbeiter und besprach ganz kurz den nunmehr 6 Wochen dauernden Streik der Belegarbeit der A.-S. Weser, Bremen. Dikmann konnte nicht umhin, die außerordentlich brutale Brutalität der Werksverwaltungen zu betonen. Zur Begründung verwies er auf die schlechte Konjunktur und — man höre — auch auf das Vorgehen der Kommunisten. Das war überhaupt ein Grundzug seines Referats. Wenn sich bei Besprechung der konkreten Fälle die Anzüglichlichkeit seiner Gewerkschaftspolitik ergab, dann hob Dikmann beschwörend die Hände und zeigte auf die bösen Kommunisten.

Nunmehr kommt Dikmann auf das Thema, mit dem er bei den Wahlen zum Verbandstag glaubte, seine Position retten zu können, auf die Frage:

Moskau oder Amsterdam?

Seit dem Vortag in Halle versuchen die Kommunisten durch eine von Moskau empfohlene Laktion die deutsche Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen. Ein Musterbeispiel kommunistischer Tätigkeit bieten die Vorgänge in der Hauptstelle in Halle. Einzelheiten könne er sich ersparen, er verwies auf die hierzu an alle Delegierten verteilte Broschüre des Vorstandes. (Trotzdem einige Tage vor dem Verbandstag die Wiedervereinigung der Halleischen Metallarbeiter vollzogen wurde, konnte es die Verbandsleitung nicht unterlassen, die Broschüre, in der eine ganz einseitige Darstellung gegeben wird, auf dem Verbandstag zu verteilen.) Zu weiteren scharfen Differenzen hätte die kommunistische

Reichskonferenz der Metallarbeiter

geführt. Diese wäre nicht mehr einfach eine Zusammenkunft einer Anzahl gleichgesinnter Kollegen gewesen, sondern die Bildung einer Organisation innerhalb des Verbandes. Der Vorstand hielt das für verbandschädigend. Auf denselben Standpunkt hätte sich der erweiterte Beirat gestellt. Seine Gewerkschaft könne es dulden, daß ihre Funktionäre sich von auswärtigen Stellen Direktiven geben lassen und danach handeln.

Dikmann greift den Verbandsauschuß auf das Allerjüngste an, weil dieser die vielen

Kommunistenausschlüsse

nicht gutgeheißen hat. Redner kann es nicht verstehen, daß man nicht jeden angeklagten Kommunisten, der einen Verbandsvertreter beleidigt hat, aus dem Verband wirft. Um Stimmung gegen die Kommunisten zu machen, geht er auf eine Anzahl Einzelfälle ein und ruft mit großem Stimmenschwall in den Saal: Wenn der Verbandstag den Entscheidungen des Ausschusses zustimmt und die beantragten Ausschlüsse nicht gutheißt, dann wird in Zukunft kein Verbandsvertreter mehr seines Lebens sicher sein.

(Rufe: Ja!) (Fortsetzung folgt.)

Fordert vom ADGB, von Euren Gewerkschaftsleitungen die sofortige Einleitung von einheitlichen **Lohnkämpfen über das ganze Reich!**